Nürnberg,
Dienstag, den 12. April 1932

Vierteljährlicher Bezugspreis 1.92 RM. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt usw. — Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile (5 mm hoch, 36 mm breit) 40 Rpf. Die Einsendungen gelten als Redaktionsschluß. Sonntag Fernsprechnummer der Redaktion Nürnberg 24404. — Anzeigenannahme und Redaktion Nürnberg 4, Postfach. — Versandstelle: Eisenweinstraße 1. — Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 23954. Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

Der Schuhmacher

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen an unsere Zeitung sind zu richten an „Der Schuhmacher" Nürnberg, Postfach 4, Abholfach

Nr. 16
46. Jahrgang

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Der Lebenshaltungsindex im März

Der Reichskanzler Dr. Brüning hatte, wie erinnerlich, als Programm der Reichsregierung die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen festgestellt. In dem gleichen Ausmaß wie die Löhne, sollten auch die Preise heruntergesetzt werden, so daß die Kaufkraft erhalten bleibt. Dieser gute Vorsatz der Regierung hat sich nicht verwirklichen lassen. Die ganze Preissenkungsaktion ist ein großes Fiasko gewesen.

Der Reichsindex der Lebenshaltungskosten ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats März mit 122,4 gegen 122,3 Prozent im Februar im wesentlichen unverändert geblieben. Eine geringe Erhöhung der Ernährungsausgaben wurde durch eine geringe Senkung der Ausgaben für Bekleidung, Heizung, Beleuchtung und sonstigen Bedarf annähernd ausgeglichen.

Der Index für die Ernährungskosten betrug im März 114, für Wohnung 121,5, für Heizung und Beleuchtung 136, für Bekleidung 119,1 und für sonstigen Bedarf 135,7 Prozent (1913 = 100).

Es verbleibt also bei dem von uns schon mit Nachdruck festgestellten Ergebnis, daß die Preissenkungen die Lohn- und Gehaltskürzungen bei weitem nicht ausgeglichen haben. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben daher einen empfindlichen Kaufkraftverlust zu verzeichnen — mit der Folge einer weiteren Wirtschaftsschrumpfung.

Die Formel von der gegenseitigen Bedingtheit von Löhnen und Preisen hat sich in diesem Falle nicht bewährt. Die Einkommensverminderung bei den Löhnen um durchschnittlich 8 bis 12 Prozent und bei den Angestelltengehältern im durchschnittlich 12 Prozent ist nur um etwas mehr als die Hälfte durch die Verbilligung der Lebenshaltungskosten wettgemacht.

Trotzdem bringen es verschiedene Unternehmerverbände fertig, nicht nur den Manteltarif, sondern sogar den Lohntarif zu kündigen. Die Reichsregierung hat die Pflicht und Schuldigkeit, nun endlich mit dem Lohnabbau radikal Schluß zu machen. Die Regierung Brüning und Groener versprach den Arbeitern und Angestellten in der Notzeit zu helfen. Es ist Zeit, daß sie an ihr Wort sehr ernstlich erinnert werden.

Man sollte annehmen, daß die **Mißerfolge des Regierungsprogrammes die Unternehmer voll befriedigt hätten.** Die Löhne sind in Deutschland seit 1930 des öfteren abgebaut worden. Trotzdem ist die Wirtschaftslage nicht besser geworden, sondern es läßt sich sogar nachweisen, daß sie sich nach jedem Lohnabbau verschlechterte. Die katastrophale Krisenentwicklung ist durch den Abbau der Löhne und Gehälter nicht im geringsten aufgehalten, sondern verschärft worden. Im allgemeinen sollen Erfahrungen klug machen. Auch im Wirtschaftskampf müßte dieser Grundsatz gelten. Die Unternehmer können das grausame Spiel mit der Verschlechterung der Lebenshaltung unmöglich fortsetzen. Die Wirtschaft in Deutschland ist nicht durch dauernde Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger zu retten. Im Gegenteil verkrüppelt diese immer mehr, je stärker die Massenkaufkraft gedrosselt wird.

Gegen jede weitere Lohnsenkung!

Tagung des Lohnpolitischen Ausschusses des ADGB.

Am 30. März 1932 traten die lohnpolitischen Sachbearbeiter der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände zusammen, um zu der aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April sich ergebenden Situation Stellung zu nehmen. In der Aussprache zeigte sich, daß der Umfang der seitens der Arbeitgeber erfolgenden Vertragskündigungen noch nicht abschließend zu übersehen ist. Immerhin lassen die bereits erfolgten Kündigungen erkennen, daß die Arbeitgeber erneut weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen versuchen. Demgegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, daß schon die jetzigen gewaltig reduzierten Löhne ein Niveau geschaffen haben, das im stärksten Mißverhältnis zu den geringen, durch die Preisabbauaktion erzielten Preissenkungen steht. Uebereinstimmend wurde betont, daß damit diejenige „Neue Situation" gegeben sei, die der Reichskanzler bei dem allgemeinen Lohnabbau durch die Notverordnung als Ausgangspunkt für eine Revision der bisherigen amtlichen Lohnpolitik bezeichnet hat.

Daß angesichts einer solchen Situation gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgebern zu stellen hätten.

Die Bedeutung der Wahlen in Preußen

Haltet in Preußen die Macht!

Der Wahlkampf in Preußen steht demjenigen um den Sitz des Reichspräsidenten um nichts nach. Bedauerlicherweise werden Landtags- und Kommunalwahlen von vielen Personen weniger beachtet und ihnen weniger Bedeutung beigemessen als den Wahlen zum Reichsparlament oder der Reichspräsidentenwahl. Nichts ist verfehlter als dies. Die Exekutivgewalt wird in Deutschland in erheblichem Maß von den Länderregierungen ausgeübt. Deshalb ist die Besetzung der Länderregierungen von entscheidender Bedeutung.

In den preußischen Landtagswahlen kommt eine besondere Bedeutung zu. Allein durch seine Größe — Preußen umfaßt drei Fünftel des Reichs — ist die Verwaltung dieses Landes ein wichtiger Faktor. Der Verwaltungsapparat Preußens, der durch Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte in den Provinzen ausgeübt wird, hält auch das gesamte öffentliche Leben in seiner Hand. Staatlich sind ferner die Polizei, die Justizverwaltung, die Schulen, einschließlich Hochschulen usw. Wenn man dies zu dem allgemeinen Verwaltungsapparat hinzunimmt, so muß jeder bedenken, daß

die Regierung Preußens den stärksten ausschlaggebendsten Machtfaktor in Deutschland darstellt.

Bedenkt man noch weiter, daß das Land Preußen der größte Grundbesitzer ist, und durch seine öffentliche Wirtschaft einen überragenden Faktor im Wirtschaftsleben darstellt, so kann man ein geschlossenes Bild von dem Machtkomplex, den die Regierung in Preußen verkörpert.

Die preußische Regierung war in Deutschland seit 1920 der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. In anderen Ländern und namentlich im Reich haben Regierungen und Regierungskoalitionen sich einander abgelöst. Nur in Preußen das Kabinett Braun ununterbrochen zehn Jahre hindurch am Ruder geblieben. In Braun und Severing haben die deutsche Arbeiterbewegung der öffentlichen Gewalt Staatsmänner von überragender Fähigkeit zur Verfügung gestellt. Dies müssen selbst die Gegner rückhaltlos anerkennen. Aber gegen diese Männer richtet sich jetzt der ganze Stoß der **Reaktion einschließlich der Kommunisten.**

Die preußischen Staatsmänner haben ihre aufreibende Tätigkeit mit Ruhe und Gelassenheit seit einem Jahrzehnt ausgeübt. Wir sind diesen Männern nicht nur zu großem Dank verpflichtet, es ist auch unsere Aufgabe, mit aller Kraft dafür zu wirken, daß sie mit großer Mehrheit wieder gewählt werden.

Die Preußenregierung ist eine **Koalitionsregierung.** Die Regierungsgewalt wird ausgeübt von der sogenannten Weimarer Koalition, nämlich von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Staatspartei. Von den 450 Abgeordneten des Preußischen Landtags haben die Regierungsparteien 231 und die Oppositionsparteien 219. Eine Koalitionsregierung kann sich naturgemäß nur im Rahmen des Möglichen bewegen. Nicht alle Wünsche können bei einer solchen erfüllt werden. Es ist aber notwendig, festzustellen, daß die fast reibungslose Zusammenarbeit der Koalition

ein Höchstmaß von politischer Machtentfaltung ermöglicht

hat. Nur auf der Basis dieser Koalition war und ist bei den gegebenen Verhältnissen eine Regierung in Preußen im Sinne des arbeitenden Volkes möglich.

Der bevorstehende Wahlkampf in Preußen wird an Schärfe alle früheren Wahlkämpfe überflügeln. Nach dem Zerbröckeln und dem Zusammenbruch der großen bürgerlichen Parteien führen hier zum ersten Male die Nationalsozialisten ihre wüste Agitation ins Feld.

Im Troß dieser sogenannten Arbeiterpartei befinden sich alle jene Elemente, die zur Futterkrippe drängen. Da in Preußen Stellen zu vergeben sind, glaubt man hauptsächlich hier die stellenlungrigen Nachläufer befriedigen zu können. Die Zahl der sozialdemokratischen Beamten in Preußen ist verhältnismäßig gering. Trotzdem dies der Fall ist, spricht die Agitation der Gegner von einer Herrschaft der sozialdemokratischen Parteibuchbeamten. In ihrer Agitation glauben die Nazis das alte Vorkriegspreußen als Musterstaat besonders herausstreichen zu müssen.

Wie sah aber dieses alte Preußen in Wirklichkeit aus: Der König und seine Kamarilla, die Militärs, die Junker und der Adel herrschten sozusagen absolut! Die

preußische wahlberechtigte Bevölkerung war in drei Klassen eingeteilt:

In die erste Wählerklasse gehörten diejenigen Wähler, die das erste Drittel der Steuern, in die zweite, die das nächste Drittel und in die dritte Klasse, die das letzte Drittel der Steuern zahlten. Jede Klasse wählte die gleiche Zahl der Wahlmänner und diese dann die Abgeordneten. So kam es, daß 1913 die Konservativen und Freikonservativen rund 16 v. H. der Stimmen aufbrachten, aber 45 v. H. der Mandate erhielten. Dagegen entfielen auf die Sozialdemokraten 28 v. H. der Stimmen, sie erhielten aber nur 2,2 v. H. der Abgeordneten. Neben dem Abgeordnetenhaus bestand aber noch das Herrenhaus, dessen Mitglieder vom König ernannt wurden. Der dritte und mächtigste Faktor der Regierung des Vorkriegspreußens war der absolut herrschende König. Die staatlichen Stellen wurden zum großen Teil nur von Adligen besetzt. Selbst die bürgerlichen Elemente des Staates waren Bürger zweiter Klasse. Ein Sozialdemokrat konnte nicht einmal Nachtwächter werden. Die breite Masse des Volkes war lediglich Untertan, hatte zu dienen, zu gehorchen und — Steuern zu zahlen.

So sah das alte Preußen aus!

Von Rußland abgesehen dürfte in keinem Staat der Welt eine solche Umwälzung erfolgt sein, wie nach 1918 in Preußen.

Die arbeitende Klasse wurde 1918 durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum herrschenden Faktor in Preußen. In mühseliger Arbeit wurde dieser seit Jahrhunderten einseitig regierte Obrigkeitsstaat **in einen demokratischen Volksstaat umgewandelt.** Gewiß ist auch jetzt noch nicht alles erreicht, was vom fortschrittlichen Gesichtspunkt notwendig wäre. Aber jene Herrenschichten, die seit Menschengedenken das Heft in der Hand hatten, konnten aus ihrer Position verdrängt werden. Deshalb die unbändige Wut über die Umwälzung nach 1918. Und nun kommt eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, und will jene abgehalfterten

Schichten des Adels, der Großgrundbesitzer, der Geistlichen und anderer rückschrittlicher Elemente wieder zur Herrschaft verhelfen.

Man versteht aus diesem Grunde, warum sich alle jene Elemente, darunter auch die Hohenzollernprinzen, für diese „Arbeiterpartei" einsetzen. Wenn es notwendig war, einem Demagogen wie Hitler den Eintritt zum Reichspräsidentenpalais zu verwehren, so ist es deshalb nicht minder notwendig, diese Zippschaft von der Regierung Preußens fernzuhalten.

Gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus muß alles daran gesetzt werden, die gegenwärtige Macht in Preußen zu erhalten. Wir bemerkten bereits oben, Preußen ist, wie gesagt, nicht nur ein politischer Machtfaktor, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges. Nach den statistischen Erhebungen beträgt der

Anteil der öffentlichen Hand in Preußen

bei Einrechnung der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen am gesamten Gewerbe 0,8 v. H. der Unternehmungen und 15,2 des Personals. Etwa 80 v. H. der Elektrizitätserzeu-

Verstärkt den Angriff!

Am 24. April 1932 bei den Landtagswahlen heißt es:
Den Schwindel des Nationalsozialismus völlig brechen.
Verhelft der Sozialdemokratie zum Sieg!

Deine und deiner Familie Stimme
für die sozialistische Liste Braun-Severing!

gung befindet sich in Preußen direkt oder indirekt in öffentlicher Bewirtschaftung. Der staatliche Bergbau ist der größte Unternehmer im Steinkohlenbergbau. Allein im Ruhrgebiet verfügt der Staat über 22 v. H. der Gesamtgerechtsame der Kohlenfelder. Der preußische Staat ist im Besitz von Kalibergwerken, des Salzregals, von Stickstoffunternehmungen, von riesigen Forsten, von Kleinbahn-Unternehmungen, von Häfen usw. Der preußische Staat ist ferner maßgebend in der Landwirtschaft, durch den Besitz zahlreicher Domänen usw. Durch die preußische Staatsbank und die Preußenkasse übt der Staat einen maßgebenden Einfluß auf die Finanzwirtschaft aus.

Für uns als Gewerkschaften interessiert im speziellen, daß der Staat die **Berufsschule** vollständig umgestaltet hat. 1919 verzeichnet die Statistik 2209 gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulen mit 967 hauptamtlichen Lehrern. 1929 bestanden 2671 Berufsschulen mit 36 201 Klassen und 23 000 Lehrpersonen, darunter 4696 hauptamtlichen Lehrkräften. Die schulärztliche Ueberwachung wurde in den meisten Berufsschulen durchgeführt. Unter den Berufsschullehrern befanden sich früher keine, jetzt aber 16 v. H. ehemalige Arbeiter und Angestellte. Von dem vielen anderen, was der preußische Staat im Sinne der arbeitenden Klasse geschaffen hat, ist noch die **Gewerbeaufsicht** zu erwähnen. Diese wurde planmäßig ausgebaut und dem Arbeiterelement und vor allem den Gewerkschaftsvertretern Raum für verantwortliche Mitarbeit gegeben. Unter den Beamten der Gewerbeaufsicht befinden sich 170 männliche und weibliche Gewerbekontrolleure aus der Arbeiterschaft. Das sind nur einige Punkte, die wir herausheben und welche zeigen, in welcher Weise der neue preußische Staat für die arbeitende Klasse gewirkt hat.

Preußen ist eine Machtposition ersten Ranges. Und diese muß unter allen Umständen gehalten werden.

Die preußische Landtagswahl entscheidet darüber hinaus über den Bestand des Reiches in innen- und außenpolitischer Beziehung. Geht der demokratische Einfluß in Preußen verloren, dann wird die Arbeiterschaft um Jahre und Jahrzehnte in ihrem Bestreben nach politischer Machtentfaltung zurückgeworfen. Daher heißt es in diesem Wahlkampf:

Tue jeder in diesen Tagen seine politische Pflicht bis zum äußersten! Keine Ruhe dem schon zur Hälfte bei den Reichspräsidentenwahlen geschlagenen Gegner! So, wie der Aufruf der Eisernen Front uns mahnt: „Der Wahlsieg der Sozialdemokratie am 24. April – das ist Hitlers politischer Tod!“

Heraus aus der Krise!

Aktive Konjunkturpolitik ist erforderlich!

In der öffentlichen Aussprachesitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die im Marx in Bern stattfand, erstattete Th. Leipart, Vorsitzender des IGB., einen Bericht über die Weltwirtschaftslage.

An die Spitze seiner Ausführungen stellte Leipart die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, die einen ruhigen Ablauf der Wirtschaft immer wieder verhindern. China, Indien, das Memelland, die Gegensätze in der Abrüstungsfrage, das ungeklärte Reparationsproblem sind außenpolitische Konfliktstoffe. Die Zunahme des faschistischen und nationalistischen Radikalismus in Verbindung mit einer sozialen Reaktion größten Ausmaßes charakterisiert die innerpolitische Lage. Derartige Zustände lassen keine Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung aufkommen. Das mangelnde Vertrauen in der Politik bedeutet für die Wirtschaft: Mangelnde Kreditbereitschaft. Von 1925 bis 1928 hatten die kapitalkräftigeren Staaten die kapitalbedürftigen Länder einigermaßen mit Krediten versorgt. Seitdem versiegte nicht nur dieser Kreditstrom, sondern gleichzeitig verstärkte sich der Gegenstrom, der hohe Zinsleistungen und Amortisationen aus den armen in die reichen Länder entführte. Dort häufte sich das Gold an, — ein warnendes Zeichen für die gefahrvollen Verlagerungen, die sich im Kreditgefüge der Welt vollzogen. Die panikartige Kündigung der kurzfristigen Kredite im Sommer 1931 verstärkte die für das Kreditgebäude gefährlichen Spannungen.

Durch die politischen Ursachen der Wirtschaftskrise sind freilich die wirtschaftlichen Gründe des Zusammenbruches nicht entschuldigt. Der wahllosen Ausweitung der Produktion in der Welt stand keine entsprechende Nachfrage gegenüber. Durch Zurückhaltung der Warenvorräte, durch Vereinbarungen über Drosselung der Erzeugung konnte der Zusammenbruch nur hinausgezögert werden, um dann aber um so wuchtiger einzusetzen. Die Selbstheilungskräfte, die jede Wirtschaftskrise bis jetzt in sich getragen hat, versagten.

Wir stehen nun vor der Frage: Muß die Menschheit tatenlos zusehen, wie sich die Produktion von Monat zu Monat verringert, wie der Handel zusammenbricht, wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen? Ist es wirklich unabänderliches Gesetz, daß die Wirtschaft den Menschen beherrscht, — oder kann der Mensch vermöge seines Willens und seiner Kraft die Wirtschaft lenken? Die Gewerkschaften haben die Pflicht, die Wege aufzuzeigen die aus dem Dunkel der Krise führen! Denn die Arbeiterschaft leidet am meisten unter den Krisen. Die Gewerkschaften haben aber nicht nur das Recht, Vorschläge zu machen, sondern ein Anrecht darauf, daß ihre Vorschläge gehört und beachtet werden. Sie waren am Aufbau und am Ausbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht beteiligt, sie sind bis zum heutigen Tage von der Wirtschaftsführung so gut wie ausgeschlossen gewesen, — die Gewerkschaften sind also für den Zusammenbruch der Wirtschaft nicht verantwortlich!

Leipart kennzeichnet dann die dringlichsten Aufgaben zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise:

1. Die Länder, die den Goldstandard aufgegeben haben, müssen unverzüglich eine Stabilisierung der Währungen vornehmen. Die Länder, deren Währungen bedroht sind, müssen mit aller Kraft für die Erhaltung ihrer Währung eintreten. Die kapitalkräftigen Länder, die nicht vom Währungsverfall bedroht sind, haben die Pflicht, ihren schwächeren Nachbarn zu helfen. Es hat keinen Zweck, auf dem Gebiete der internationalen Handelspolitik weitere Vorschläge zu machen, ehe nicht diese entscheidenden Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des Weltverkehrs geschaffen sind.

2. Man muß die Arbeitslosigkeit sozusagen künstlich zum Verschwinden bringen, indem man die vorhandene Arbeit auf mehr Hände verteilt. Die gewerkschaftliche Forderung auf gesetzliche Einführung der 40 Stunden- bzw. 5-Tage-Woche ist leider von den meisten Regierungen nicht aufgenommen worden. Die Unternehmer wollen nicht anerkennen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur eine Forderung der Gegenwart, sondern auch eine notwendige Maßnahme für die Zukunft darstellt. Denn auch in besseren Zeiten werden längst nicht alle Arbeiter, die jetzt erwerbslos sind, bei mehr als 40-stündiger Arbeitszeit wieder in Arbeit gebracht werden können.

3. Die Arbeitslosigkeit muß darüber hinaus auf natürlichem Wege zum Verschwinden gebracht werden. Infolge des Versagens der privaten Wirtschaft ist der einzig gangbare Weg hierzu ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von der öffentlichen Hand ausgeht. Deshalb begrüßen wir den Plan einer internationalen Arbeitsbeschaffung, der vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellt worden ist und bedauern es, daß die Bedenken gegen die Durchführbarkeit dieses Planes drohen, diese fruchtbare Idee zum Scheitern zu bringen.

4. Die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms erfordert besondere Anstrengungen. Eine gewisse Vorarbeit hat bereits der Goldausschuß des Völkerbundes geleistet. Genosse Youhaux schlägt vor, daß die Notenbanken der europäischen Länder mit Goldüberschuß einen Teil ihrer Goldreserven für eine Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung stellen. Ein weitergehender Plan, der die aktive Mitwirkung auch der kapitalschwachen Länder ohne Goldüberschuß vorsieht, ist von einem Sachverständigen-Ausschuß des IGB. Ende vorigen Jahres ausgearbeitet worden. Wenn auch über diesen Plan das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, so sollten doch die Gewerkschaften aller Länder unablässig ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fordern und ihre Regierungen veranlassen, die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.

5. Es ist bezeichnend, daß die Krisenkongresse, die in letzter Zeit von einigen unserer Landeszentralen einberufen worden sind, sich mit verstärkter Energie für einen Umbau der Wirtschaft ausgesprochen haben. In der Tat ist das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht imstande, den Weg aus der Krise zu zeigen. Sein Automatismus hat versagt, seine Selbstheilungskräfte sind unwirksam geworden. Nur eine planmäßige Bewirtschaftung der Produktivkräfte durch die Allgemeinheit kann die Krise überwinden. Die Forderung und Auswertung der öffentlichen Wirtschaft ist daher eine dringliche Aufgabe der Gewerkschaften.

Leipart erinnerte an die ausgezeichneten Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz und an die wirtschaftlich klare Einsicht, die aus manchen Stellen des Dawes Planes und des Benedict Berichtes hervorleuchten. Aber die wirtschaftliche Erkenntnis wurde durch politische Zielsetzungen verneblt. Wir müssen den Politikern zurufen: Zerstört nicht die Grundlagen des Wohlstandes eurer Völker, indem ihr versucht, ihnen auf dem Wege politischer Machtentfaltung Vorteile zu erringen, die letzten Endes mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bezahlt werden müssen. Bei den vielfachen Reisen der verantwortlichen Politiker in den letzten Monaten sind viele freundliche Worte gefallen. Sie haben aber nur dazu gedient, die Entscheidungen, die doch einmal getroffen werden müssen, zu verzögern, obgleich die steigende Not rasches Handeln verlangt.

Wir brauchen keine Worte mehr, wir wollen endlich Taten sehen, damit die Welt wieder ein friedlicheres Antlitz erhält, — damit die Menschheit endlich glücklich werde!

Die Harzburger unter sich

Vor knapp einem halben Jahr noch tauschten in Harzburg die „nationalen“ Männer teutsche Treueschwüre aus. Da hieß es im „Manifest von Harzburg“: „Geächtet ist jeder, der unsere Reihen verläßt will.“

Daran muß man einmal erinnern, wenn man jetzt die Verwirrung und kläglichen Zerfetzung dieser reaktionären Front sieht. Aus ihrer Schuldennot und aus Wut, daß **Hugenberg** ihren rücksichtslosen Wahlkampf nicht weiter finanzieren will, nennen die Nazis in der „Nationalpost“, dem Erzblatt für den verbotenen „Angriff“, Hugenberg einen **Kriegsgewinnler**, dessen Presse und Film-Konzerne **von Juden geleitet** und von Judenbanken abhängig seien, reden von seiner Fahnenflucht, Engherzigkeit und Egoismus usw. Das Geld gehe ihm über die Nation, muß Hugenberg sich von denen sagen lassen, die mit seinem Geld bei dem **Youngplan-Volksbegehren ihre Hetze bezahlten.**

Hugenberg läuft nun auch die Galle über: „Ich hatte nur nichts gesagt, wenn der „Angriff“ den Mund gehalten hatte.“ Er verbittet sich im „Tag“ vom 31. März Vorschriften von seinen Harzburger Bundesbrüdern „wieviel Kraft und Geld er bei der

Das Arbeitsrecht und seine politische Bedeutung

Viele Arbeitnehmer, die die früheren Zustände nicht kennen, machen sich, wenn sie auf das Arbeitsrecht zu sprechen kommen, wenig Gedanken, wie sich dieses Recht entwickelt hat. Die Mehrzahl der Arbeiter empfinden das heute bestehende kollektive Arbeitsrecht als eine Selbstverständlichkeit und merken gar nicht, daß noch um die Fundierung desselben Tauerkämpfe abwälzen, die auch heute noch nicht abgeschlossen sind.

In der Vorkriegszeit hatte das Arbeitsrecht innerhalb der Arbeiterbewegung nur eine geringe Bedeutung. Es gab noch kein „kollektives Arbeitsrecht“, wie wir es heute haben. Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden abgesehen von den zu beobachtenden Bestimmungen der Gewerbeordnung in manchmal Umfang lediglich durch das allgemeine bürgerliche Recht geregelt. Der Begriff „Arbeitsrecht“ war überhaupt noch nicht so geläufig wie heute. Es fehlte jede Einheitlichkeit. Nur ein Beispiel unter vielen mag das beleuchten. Bis zum Kriegsende 1918 gab es im Deutschen Reich nicht weniger als 41 geltende partikulare „Gesindeordnungen“, von denen allein 19 auf Preußen entfielen. Alle diese Gesindeordnungen sind durch den Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 außer Kraft gesetzt worden.

Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter galt als Vertrag in freier Uebereinkunft, in den sich eine dritte Person nicht einzumischen hatte (§ 105 GLV). Bei der sozial fühlenden, klassenbewußten denkenden Arbeiterschaft wurde der „freie Arbeitsvertrag“ als Ungerechtigkeit dem sozial Schwachen gegenüber empfunden. Von einem „freien“ Arbeitsvertrag oder einem Vertrag auf Grund „freier“ Vereinbarung konnte nämlich gar keine Rede sein, da der freie Lohnarbeiter, durch die Existenzsorgen getrieben, sich unter allen Umständen, auch den unzumutbarsten und schwierigsten, eine Arbeitsstelle beschaffen mußte. Mithin kam der angeblich „rechtlich freie“ Arbeitsvertrag eigentlich immer nur durch sozialen Zwang zustande. Ich möchte mich noch etwas deutlicher ausdrücken und sagen der Arbeitnehmer besaß Vertragsfreiheit aber der Arbeitgeber ebenfalls. Aber das gab eben dem letzteren ein Uebergewicht. Er konnte den Arbeiter jederzeit entlassen, ohne für seine weitere Existenz verantwortlich zu sein.

Die Arbeiterschaft versuchte auf dem Wege des politischen Kampfes den sogenannten „freien“ Arbeitsvertrag auf andere Grundlagen zu stellen, jedoch stießen ihre Vertreter im Parlament auf den stärksten Widerstand der besitzenden Klassen. Besser gelang es, auf gewerkschaftlichem Wege den kollektiven Gedanken durchzusetzen. Die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts bekannten sich also schon in der Vorkriegszeit zu entwickeln. Man gelangte bereits zu Tarifverträgen, besonders für die gelernten und qualifizierten Arbeiter, ferner zu Arbeiterausschüssen und paritätischen Arbeitsnachweisen. Ein fest fundiertes Tarifrecht usw. war jedoch der bürgerlichen Gesetzgebung fremd. Lediglich die Schweiz war so weit vorgeschritten, daß sie dem Arbeitsrecht im Gesetz einen Platz einräumte.

Das Arbeitsrecht in der Vorkriegszeit entwickelte sich ursprünglich nicht von der staatlich politischen, sondern von der wirtschaftlich gesellschaftlichen Seite her. Die staatlich politische Bedeutung des Arbeitsrechts tritt erst 1918 nach dem staatlichen Umschwung in den Vordergrund. Die Industriearbeiterschaft hat das Tarifrecht hart erkämpft, den Angestelltengruppen ist es mühelos in den Schoß gefallen. Der bedeutsamste Angestelltenverband der Vorkriegszeit, der Deutschnationale Handlungsgehilfen Verband, war ausgesprochen, sogar programmatisch gegen das kollektive Arbeitsrecht eingestellt. Der diesem Verband anhängende Angestellte glaubte, die Vorzüge des kollektiven Arbeitsrechts kommen ihm unter Umständen als zukunftigem Chef zu viel Zwang auferlegen.

Also erst die Staatsumwälzung 1918 sanktionierte das kollektive Arbeitsrecht, das in der Vorkriegszeit lediglich ein Arbeiterrecht war. An die Stelle des individuellen Arbeitsvertrags tritt nun der Tarifvertrag und der von Staats wegen für verbindlich erklärte Schiedsspruch. In der Reichsverfassung wird das kollektive Arbeitsrecht als Tarifrecht im Artikel 165 verankert. Die Arbeiterausschüsse erhielten ihre gesetzliche Rechtsgrundlage im Betriebsrätegesetz. Theoretisch war die neue Gesetzesmaterie bereits vorbereitet worden, hauptsächlich durch die Gewerkschaften und durch Sozialpolitiker von Ruf. Es bedurfte nur noch der Formulierung. Aber bei dieser Formulierung machten sich automatisch noch einige äußere Einflüsse bemerkbar. Vor allem wurde das Arbeitsrecht beeinflußt durch gewisse traditionelle Bedingungen im Angestelltenrecht. Zum Beispiel herrschten hier im Arbeitsvertragsrecht besondere Kündigungsfristen u. dgl. vor. Bei der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes bereitete der aus Rußland kommende Rätegedanke sowie Schwierigkeiten. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 verlangte in seiner Mehrheit die Einberufung der Nationalversammlung. Hier machte man sich diese Gedanken, wie am besten das System der Räte in die Reichsverfassung einzubauen wäre. Der Einbau der Räteverfassung wurde schließlich auf dem wirtschaftlichen Gebiete vorgesehen, ist aber bis heute noch nicht endgültig in die Praxis übergeführt.

Der Artikel 165 der Reichsverfassung sieht das paritätische Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor, und gegenüber der früheren unumschränkten Herrschaft der Unternehmer sicher als ein großer Fortschritt anzusprechen ist. Das früher bestandene einseitige Diktat des Unternehmers ist gefallen. Im Betriebsrätegesetz vom 20. Februar 1920 sind sozialpolitische wie wirtschaftspolitische Rechte der Arbeiterschaft verankert. Während die sozialpolitischen Rechte ausgewertet wurden, hat das wirtschaftspolitische Recht, wie bemerkt, noch nicht die rechte Bewertung erlangt, denn zu dem vorgesehenen Wirtschaftsrat sind wir noch nicht vorgeschritten. Vorläufer sind vorhanden in den Betriebsräten und im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, während die Zwischen- und Bindeglieder noch fehlen.

Das im Entstehen befindliche Arbeitsrecht baute sich zunächst aus mancherlei Verordnungen und einem großen Reden- und Durcheinander von Gesetzesbestimmungen aus früheren Zeiten auf. Das ließ sehr bald die Forderung nach einem zu schaffenden einheitlichen Arbeitsrecht entstehen. Als Teilverwirklichung dieses Planes ist das 1926 geschaffene Arbeitsgerichtsgesetz anzusehen, welches am 1. Juli 1927 in Kraft trat. Gerade auf diesem Gebiet machten sich die sogenannten Handlungsgehilfen sehr bemerkbar. Es traten Fälle auf, wo man im Zweifel stand, welches Gericht, ob das Gewerbe-, das Kaufmanns- oder das Amtsgericht zuständig sei. Heute sind wir uns sofort im klaren, daß in arbeitsrechtlichen Streitsachen gleich welcher Art, nur das Arbeitsgericht zuständig ist.

Von großer Wichtigkeit ist im heutigen Arbeitsgerichtsverfahren, daß in erster Instanz Rechtsanwälte sowie Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben als Prozeßvertreter nicht zugelassen sind.

Im Plane der Schaffung einer einheitlichen Arbeitsrechtsgebung folgte später das Jugendwohlfahrtsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz und das Jugendgerichtsgesetz. Seit Jahren jedoch stockt die Vervollständigung

schiedenen Bürfen des Spiels einzusetzen hat". Und weiter [illegible]tet er mit seinen bisherigen Freunden.

Vor allem kann niemand, wenn ihm eine Niederlage sicher ist, dem andern verlangen, daß er sich freundlichst an dieser Niederlage beteiligen soll."

Im „Lokalanzeiger" vom 1. April lobt er zwar die „verdienstvollen Kämpfe zwischen Stahlhelm und Rotfront in Berlin" und [illegible]ze, will sich aber zur Wehr setzen, wenn die Nationalsozialisten in ihrer grenzenlosen deutschen Raufsucht „auch ihn anpöbeln und gerade ihm die Anhänger wegzuschnappen" versuchen. „Führer" Hugenberg kann es nicht verwinden, daß der „Führer" [illegible], den er mit vielen Kosten hochgepäppelt hat, ihm soviel Stimmen nahm, daß er jetzt bei den Reichspräsidentenwahlen mit [illegible]mand mehr ein Schachergeschäft machen konnte.

Das ist die zerrissene Front der Harzburger Verbündeten und die brüderliche Treue! Dem von persönlicher Eitelkeit diktierten Verzweifelte der „nationalen" Führer der „nationalen Opposition" [illegible] die pflichtbewußte parlamentarische Arbeit derjenigen gegen [illegible]er, die im Parlament und in den fortgesetzt tagenden Ausschüssen der Losung der Einzelstaaten ihre vollen Kräfte widmen. Die Harzburger haben sich selbst gerichtet: „Geächtet ist jeder . . ."

Autarkie und Lebensstandard

Die Erfolge der Nationalsozialisten bei den Wahlen auf dem Lande sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, weil man den Bauern verlockende Zukunftsbilder von der autarken Wirtschaft im zukunftigen nationalsozialistischen Staat vor Augen rückte. Die Nazis beabsichtigen, Deutschland vollständig vom Weltmarkt loszulösen. Damit würde eine hundertjährige Entwicklung umsonst in der Weltgeschichte gewesen sein.

Nur wenige machen sich heute einen Begriff davon, was eine solche autarke Wirtschaft bedeutet. Das Konjunkturinstitut legt im Wochenbericht vom 24. März klar, daß die Ausfuhr 1927 ein Viertel der deutschen Fabrikarbeiterproduktion ausmachte, 1931 auf ein Drittel angewachsen war und gegenwärtig 40 v. H. beträgt. Man male sich einmal aus, wie hoch die Arbeitslosigkeit steigen würde, wenn man die Ausfuhr unmöglich machen würde.

Zu dem gleichen Thema haben sich kürzlich zwei rechtsstehende Leute geäußert. Der Kölner Bankier Pferdmenges erklärte kürzlich auf einer Tagung der amerikanischen Handelskammer, daß die Maschinenindustrie, die elektrotechnische Industrie, die chemische und optische Industrie neben anderen undenkbar ohne den Auslandsmarkt seien. „Versuchte man sie zu lösen aus ihrem Zusammenhang, so müßten sie in kürzester Frist verkümmern. Rückfall zur primitiven Stadt- und Bauernwirtschaft längst überwundener Epochen müßte die Folge sein, und zwar unter schwersten Zuckungen und Krämpfen der deutschen Wirtschaft, gegen die die jetzige Krise sich ausnehmen würde wie ein harter Wind gegen einen rasenden Orkan."

Im Wirtschaftsausschuß der Deutschen Volkspartei erklärte Reichstagsabgeordneter Dr. Köhngeter u. a.: „Je mehr wir dem nationalsozialistischen System zustreben, um so teurer wird unsere Lebenshaltung. Die autarkischen Bestrebungen können nur durch rücksichtslose Senkung des Lebensstandards erkauft werden. Von den 400 000 Arbeitern der Maschinenindustrie entfallen 240 000 auf die Ausfuhr. **Den Nationalsozialisten fehlen die realgeschichtlichen Erfahrungen** und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge. Sonst wäre es unmöglich, daß ihr Hauptwirtschaftstheoretiker Feder daran Unsinn von vorn bis hinten verzapfen kann, um damit die Köpfe urteilsloser Menschen zu verwirren, um nicht zu sagen verrückt zu machen."

Es ist Tatsache, daß die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse durch die Autarkie vervollständigt und die deutsche Wirtschaft um Jahrzehnte zurückgeworfen würde.

Wohin steuern die christlichen Gewerkschaften?

Die christlichen Gewerkschaften nähren in ihren Reihen seltsame Ideologien. Mit den ständisch gerichteten Berufsorganisationen, die ihnen vorschweben, lehnen sie sich an eine Parteipolitik an, die das Vorhandensein der Klassengegensätze abzuleugnen versucht. Damit sind gewisse Berührungspunkte sogar mit den nationalsozialistischen Ideen zu verzeichnen. Wie berichtet, lebt zwar der den christlichen Gewerkschaften nahestehende Deutschnationale Handlungsgehilfenverband zur Zeit im heftigen Kampfe mit den Nationalsozialisten und geht schärfer mit Arbeitsausschlüssen vor. Die Feindschaft besteht aber nicht vom Anbeginn. Ein Aufsatz in der „Metallarbeiter-Betriebsräteeilschrift" (Nr. 3) aus der Feder von H. Merten, den wir hier auch unseren Lesern zur Kenntnis bringen, geht auf die erwähnten merkwürdigen Auffassungen im Lager der christlichen Gewerkschaften etwas näher ein.

Die Konzentration der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur Abwehr der faschistischen Sozialreaktion ist, so selbstverständlich und zwingend sie erscheint, bisher nicht gelungen. In unmißverständlicher Weise haben insbesondere die christlichen Gewerkschaften den jüngsten (durch Leipart und einige freigewerkschaftliche Organe unternommenen) Versuch, eine Kartellierung oder Vereinigung der drei Hauptrichtungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen, abgelehnt. Sie denken nicht daran, sich mit „Marxisten" zu verbinden. Noch wie vor sind sie bereit, in rein praktischen Lohn- und tarifpolitischen Fragen mit den freien Gewerkschaften zusammenzugehen. Aber sie halten es nicht für opportun, in dieser Zeit der drohenden staatspolitischen Umwälzung entschlossen eine massenmäßige Abwehrfront zu bilden. Sie betonen gerade jetzt die weltanschauliche Kluft, die sie von links trennt, und sie betonen noch stärker die weltanschauliche und nationale Verbundenheit mit allen übrigen „Ständen" des deutschen Volkes.

Dieses Verhalten kann nicht überraschen. Es ist nichts anderes geschehen, als daß die christlich-nationalen Gewerkschaften ihren programmatischen Zielen in einem Augenblick treu geblieben sind, der ihnen Aussicht auf Verwirklichung einer staats- und gesellschaftspolitischen Verfassung nach ihren eigenen traditionellen Prinzipien bietet. Der deutsche Faschismus hat vom Standort der christlichen Gewerkschaftsführer ein Doppelgesicht: er ist einerseits ein Sammelbecken reaktionärer Schichten, die ihre Machtprivilegien von vorgestern wiedererlangen möchten; er ist aber anderseits der politische Träger ständisch-korporativer Sozialideen. Bei aller scharfen Abwehr sozialreaktionärer Tendenzen sahen die christlichen Gewerkschaftsführer deshalb den Kenner der faschistischen Bewegung. Sie sind nicht gewillt, Faschismus und Sozialreaktion gleichzusetzen.

Diese Stellung der christlichen Gewerkschaften kommt in ihrer Taktik seit den Septemberwahlen 1930 deutlich zum Ausdruck. Sie vermeiden es, in ihren maßgebenden Organen den Faschismus prinzipiell anzugreifen. Sooft jedoch die Bündnisgefahr des Nationalsozialismus mit der Wirtschaftsreaktion und dem Großagrariertum in besonderen politischen Ereignissen akut wurde — man denke an Harzburg — nahmen sie den schärfsten Kampf auf und verwarfen nicht die Teilnahme an gemeinsamen Abwehraktionen sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen.

Gleichzeitig standen sie mit den Nationalsozialisten in Verbindung, und zwar durch die Führung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, des größten Gliedes im christlichen Deutschen Gewerkschafts-Bund (er stellt mit seinen 400 000 Angestellten ein Drittel der Gesamtmitglieder des DGB). Der Einfluß des DHV. auf die gesamten christlich nationalen Gewerkschaften kann nicht leicht überschätzt werden. Mit seinen drei Verlagen (Kanzleiarische Verlagsanstalt, Georg Müller und Albert Langen), die mit großem Geschick geleitet sind, bestreitet der DHV. die literarischen Bedürfnisse weiter Kreise der christlichen Gewerkschaftsbewegung; die von Stegerwald gegründete Tageszeitung „Der Deutsche" wird in ihrem Inhalt maßgebend durch führende Mitglieder des DHV. bestimmt. Wenn auch in der Anhängerschaft des Deutschen Gewerkschafts-Bundes die Differenzen in der politisch-sozialen Auffassung nicht gering sind (etwa zwischen DHV-Angestellten und christlichen Bergarbeitern), so dürfte die Führerschaft des DGB. ziemlich homogen sein. Die Einschätzung des Machtverhältnisses zwischen der Sozialreaktion und der ständisch-korporativen Bewegung im Faschismus differiert; demzufolge ist die Taktik der dem Deutschen Gewerkschafts-Bund angeschlossenen Verbände gegenüber dem Nationalsozialismus verschieden betont. Die Arbeiterverbände neigen mehr dazu, den Nationalsozialismus für ein Werkzeug der Reaktion zu halten; der DHV., dessen Mitglieder zum Teil Nationalsozialisten sind, wertet mehr die sozialen Kräfte in der NSDAP. und hält diese für stark genug, der Reaktion Widerstand zu bieten. Die prinzipielle Haltung des christlichen Deutschen Gewerkschafts-Bundes zum Nationalsozialismus (Ablehnung der Sozialreaktion, Anerkennung der ständisch-korporativen Bestrebungen) ist jedoch einheitlich, und die Versuche der DHV.-Führung unter Wahrung der parteipolitischen Neutralität eine engere Beziehung zwischen NSDAP. und christlichen Gewerkschaften herzustellen, dürften im DGB. (christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund) einmütig gebilligt werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Führer des DHV. mit taktischem Geschick verfahren und sich nicht willenlos an die NSDAP. ausliefern. Sie erwägen jeweils die politischen Erfolgsaussichten. Im Rechenschaftsbericht des DHV. für 1930 hieß es noch:

„Obgleich die Kaufmannsgehilfen sicher einen beträchtlichen Anteil an dem nationalsozialistischen Wahltieg vom 14. September tragen, haben sich ihre Sympathien für die radikale Rechte standespolitisch nicht so auswerten lassen, daß die politische Schlußfestellung, die vom 1919 bis 1928 zielbewußt in den Querverbindungen des Verbandes aufgebaut war, dadurch aufgewogen wäre. Immerhin dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß innerhalb des Nationalsozialismus genug Kräfte am Werk sind, die sich seiner Entwicklung zu einem Instrument der sozialen Reaktion mit Nachdruck widersetzen."

Einige Monate später drückte man sich noch deutlicher aus. In Nr. 16 der „Deutschen Handels-Wacht" (vom 25. Oktober 1931) veröffentlichte Max Habermann den Artikel „Brüning und Hitler", der damals wegen seines offenen Bundnisangebotes an die Nationalsozialisten Aufsehen erregte. Die Harzburger Front bereitete Herrn Habermann „schwere Sorge"; in ihr sah er die große Gefahr, „daß der nationale Sozialismus seinen Weg mit der finstersten, von der Schwerindustrie finanzierten sozialpolitischen Reaktion gehen" wolle. Das mußte verhindert werden. Darum: Stärkung des Faschismus durch die christlich-nationalen Gewerkschaften und Ausschaltung Hugenbergs. Die „Handelswacht" schrieb:

„Für alles, was in den nächsten zehn Jahren in Deutschland nottut, brauchen wir Herrn Hugenberg nicht einen Tag, weil hinter ihm die Kräfte von gestern und vorgestern stehen, die nur noch in einem Schattenreich gelten. Aber ohne die Kräfte von morgen und übermorgen kann nichts gedeihen, was Bestand haben soll. Darum muß das deutsche Volk einen Weg finden,

Landtagswähler!

Am 24. April gilt es, Schlußabrechnung zu halten

mit den Nationalsozialisten,
diesen Saboteuren geordneter Parlamentsarbeit
diesen Drückebergern von der Mitarbeit,
diesen Flüchtlingen aus der Verantwortung
die ihnen gebührende Niederlage!

Hinweg mit den falschen Propheten,
den Sprüchekloptern und Scharlatanen!
Fort mit den perversen Blutbetzern
und Gewaltapostoln.

Keine Stimme
diesen verkappten Kandidaten
der Prinzen und Herzöge
der Großgrundbesitzer und
Schwerindustriellen!

Wählt Landtagsabgeordnete,
die mit Verstand und ehrlichem Wollen
sachliche Arbeit leisten!

Eure Stimme der wahrhaft sozialistischen
und demokratischen Idee!

Vorwärts zum Angriff!

Jede Stimme für die Liste der Sozialdemokratie!

Wählt die Liste Braun-Severing!

des Gesamtplans einer einheitlichen Arbeitsrechts-Gesetzgebung. Doch manches Teilgebiet bedürfte einer festeren gesetzlichen Verankerung. Die Verschärfung der Gegensätze auf politischem Gebiet verhinderte aber eine gedeihliche Weiterarbeit. Aus Mangel des politischen Uebergewichts wurde das Parlament funktionsunfähig gemacht. Der Ausweg, durch Ermächtigungsgesetze und Mißbrauch des Artikels 48 der Verfassung zu regieren, kann nicht befriedigend angesehen werden. Durch das Versagen resp. Ausschalten des Parlaments ist die Gesetzgebung auf Verwaltung und Justiz übergegangen. Sogar im Arbeitsrecht machen sich Einflüsse und Veränderungen, ausgehend von juristischen Ausnahmen bemerkbar. Der krasseste Fall einer Gesetzesabänderung auf nichtparlamentarischem Wege ist die Notverordnung vom 7. Dezember 1931, die in schroffer Weise einen Eingriff in das Arbeitsrecht vornahm.

Die so verheißungsvollen Ansätze, der Gedanke, auf dem einfachsten Wege vorzubereiten, den Ausbau eines einheitlichen Arbeitsrechtes zu vollenden, wurden durch die politische Entwicklung gestört. Es ist für den einzelnen nicht schwer, zu erkennen, daß reaktionäre Kräfte am Werke sind, die versuchen, das so langsam und unter bitteren Erfahrungen erkämpfte Arbeitsrecht zu unterminieren oder gar vollständig zu zerstören.

Aus den maßgeblichen Aeußerungen der sogenannten „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei" z. B. ist ganz deutlich zu ersehen, daß diese Herrschaften uns um hundert Jahre zurückschieben möchten, daß sie das Standeswesen und die Leibeigenschaft wieder herbeiwünschen. Was dies bedeuten würde, darüber machen sich viele noch keinen rechten Begriff.

Es ist deshalb Aufgabe und Pflicht jedes einzelnen aus der Arbeitnehmerschaft, in den Betrieben von Mund zu Mund, aber auch sonst in Freundes- und Bekanntenkreisen, in den Versammlungen und überall, wo irgendwo Arbeitnehmer sich zusammenfinden, aufklärend tätig zu sein. Die Massenaufklärung muß es dahin bringen, daß endlich einmal im Parlament eine Mehrheit zustande kommt, welche tatsächlich und aus ideellen Motiven heraus die Interessen der Arbeiter- und Angestelltenschaft intensiv vertreten imstande ist.

Dann erst wird es so weit sein, auch den ideellen Plan eines einheitlichen und befriedigenden Arbeitsrechts endgültig zu verwirklichen.

W. Schumacher.

Die Inflationspläne der Nationalsozialisten

Das „Federgeld"

Die kleinen Sparer müßten wieder von vorn anfangen

Je mehr die Weltwirtschaftskrise zur Auswirkung kommt, um so besseren Boden finden die Projektemacher, die ein Allheilmittel darin zu erblicken glauben, daß nur eine Reform des Geldwesens nötig sei, um der Wirtschaft wieder Antriebskraft zu geben. Nun, da auch eine Bankenkrise, eine Kreditkrise, die doch nur als ein Teil der Gesamtkrise anzusehen ist, auftritt, bleiben viele Theoretiker an der Oberfläche haften. Sie vermeinen, durch Eingriffe in die Zirkulation aus allen Schwierigkeiten herauszufinden.

Von den meisten der aufgetauchten Projekte kann aber kaum gesagt werden, daß sie überhaupt als krisenheilend in Betracht kommen können. Sie sind entweder phantastisch und dilettantisch, oder aber sie spielen direkt mit dem Feuer einer **neuen Inflation**, einer Inflation, die diesmal die Groschen des kleinen Sparers vollständig in Gefahr bringen würde. Eine Zeit, die mit so viel berechtigtem Mißtrauen erfüllt ist gegenüber allen Krediteinrichtungen, eignet sich am wenigsten für derartige Währungsexperimente. Die Folge wäre vielleicht nicht etwa Heilung, sondern neue unabsehbare Gefahren für das Wirtschaftsgetriebe. Weiter unten sollen einige dieser Abänderungsvorschläge für die Währung, unter anderem auch das von nationalsozialistischer Seite empfohlene sogenannte „Federgeld", unter die Lupe genommen werden. Zunächst sind einige Bemerkungen vorauszuschicken darüber, welche Funktionen die Banken auf dem Geldgebiet erfüllen.

Die geldschöpferische Tätigkeit der Banken

Es ist bei allen Geldtheoretikern unbestritten, daß nicht nur Noten und Münzen als Geld angesehen werden müssen, sondern auch das sogenannte Giralgeld, das zur Bewältigung des bargeldlosen Verkehrs dient: die umlaufenden Wechsel und Forderungen, die Giralguthaben, über die durch Scheck und Ueberweisung verfügt werden kann, u. a. Wenn das so ist, dann können auch die Banken von sich aus die Geldmenge vermehren, indem sie ihren Kunden Kredit geben und dadurch deren Verfügungsfähigkeit über wirtschaftliche Güter vergrößern. Je mehr Kredit der Wirtschaft gegeben wird, um so stärker ist auch der Wechsel-, Scheck- und Ueberweisungsverkehr.

Allein die Banken können diese Kredit- und geldschöpferische Tätigkeit nicht unbeschränkt ausüben. Sie müssen damit rechnen, daß sich mit der Kreditgewährung die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit hebt und damit der Bedarf an Bargeld zunimmt. Da die Banken bei der Beschaffung von Bargeld auf die Reichsbank angewiesen sind, hat die Reichsbank indirekt auch einen Einfluß auf das Ausmaß der Kreditgewährung durch die Banken. Durch Verteuerung des Zinses (Erhöhung des Diskontsatzes) kann sie dem Publikum die Lust zur Aufnahme von Krediten nehmen. Durch ihre Möglichkeiten, das Zinsniveau eines Landes zu beeinflussen, hat die Zentralnotenbank also eine gewisse Herrschaft auch über den Umfang der Kreditgewährung der Banken. (Diese indirekte Herrschaft der Reichsbank über das Kreditvolumen einer Wirtschaft hat sich allerdings als nicht wirksam genug herausgestellt.) Wenden wir uns nun den verschiedenen Projektemachern zu.

Das Federgeld.

Das Federgeld (Vorschlag des Nationalsozialisten Dr. Feder) will eine Wirtschaftsbelebung dadurch

seinen revolutionären Nationalismus mit den christlich-sozialen Mächten zu einem geschlossenen Einlag zusammenzuführen."

Bald darauf fuhren Bechly und Habermann, die Führer des TDB, nach München. Im Braunen Haus verhandelten sie mit Hitler und Strasser. Das Ergebnis? Habermann berichtet in Nr. 17 der „Deutschen Handels Wacht":

„In der vertrauensvollen Aussprache, die Bechly und ich über die Gewerkschaftsfragen mit Adolf Hitler und Georg Strasser in München gehabt haben, haben die beiden Führer der Nationalsozialistischen Partei sich so eindeutig auf den Boden der gegebenen sozial- und gewerkschaftspolitischen Notwendigkeiten gestellt, daß Hoffnung als Hoffnung der sozialpolitischen Reaktionäre erledigt ist. Aeußerungen unverantwortlicher kleiner Parteizirkel oder lokaler Betriebszellengruppen können die uns gegebenen Erklärungen in keiner Weise erschüttern . . . Mit den Sozialdemokraten brauchen wir uns nicht mehr viel zu beschäftigen . . . ihre Uhr ist abgelaufen und sie haben ihren Lohn dahin." Alle taktischen und grundsätzlichen Zeichnungsfreiheiten des Bundnisses zwischen christlichen Gewerkschaften und Nationalsozialisten, symbolisiert in den Namen Brüning-Hitler, seien überwindbar.

Gleichzeitig erschien im „Völkischen Beobachter" (vom 15./16. November 1931) ein Artikel von Gregor Strasser, der unter der Ueberschrift „Sozialreaktion?" das Ergebnis der Aussprache Hitler-Strasser mit Bechly-Habermann folgendermaßen fixierte:

„Genau so notwendig und in bestimmtem Sinne berechtigt wie diese Arbeitgeberverbände, Syndikate und Konzerne. (H. M.) sind darum die Gewerkschaften als die Organisationen zur Vertretung der beruflichen, standesmäßigen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer." Der Vorwurf der Sozialreaktion sei unberechtigt. Allerdings: „Internationaler und volkszerstörender Klassenkampf in der Gewerkschaft sind schlechterdings unmöglich und werden niemals geduldet werden."

Die NSDAP bekenne sich zum „standesmäßigen Ausbau unseres Staates", in dem die Arbeiter und Angestellten „zu größeren Rechten, aber auch größeren Pflichten" herangezogen würden. Tarifrecht und Schlichtungswesen erkenne die NSDAP an; die Schlichtungsfunktion übernehme der Staat selbst, das Tarifrecht müsse beweglich gestaltet werden.

Diese Grundsätze seien nochmals überprüft und „in autoritativen Gesprächen mit führenden Herren einer nationalen Gewerkschaft im Rahmen des „Deutschen Gewerkschaftsbundes" klar und deutlich herausgestellt worden. „Wenn der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Herr Geheimrat Hugenberg, ausdrücklich von uns als „Sozialisten" abrückt, ist er vollkommen im Recht und wir sind mit diesem Sichabsetzen einverstanden."

Nach alledem waren sich die TDB.-Führer ihrer Sache so sicher, daß sie in einer Briefkastennotiz der „Deutschen Handels-Wacht" in polemisch-ironischem Ton den Einwand zurückwiesen, es handle sich seitens der NSDAP. nur um taktische Zugeständnisse ohne realpolitischen Wert: sie pochten auf die bindenden Erklärungen Adolf Hitlers und Gregor Strassers.

In der NSDAP.-Führung hat im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen ohne Zweifel eine ernste Auseinandersetzung über die Stellung zu den Gewerkschaften im Falle der politischen Machtergreifung stattgefunden. Die nüchterne Ueberlegung der wirtschaftlich-sozialen Grundlagen eines modernen Industriestaates wie Deutschland hat die Hitler und Strasser offenbar zu der Einsicht geführt, daß jedes Regime in diesem Lande mit den gewerkschaftlichen Massenorganisationen rechnen muß. Gregor Strasser wagt sogar aus dieser Erkenntnis mögliche Konsequenzen gegenüber den freien Gewerkschaften anzudeuten. In einem Artikel des „Völkischen Beobachters" vom 22./23. November 1931 in dem er sich ausführlich über sozialpolitische Probleme mit der christlich-gewerkschaftlichen Tageszeitung „Der Deutsche" auseinandersetzt, schreibt er:

„Wenn die freien Gewerkschaften aufhören würden, die Rekrutenschule der SPD., die christlich-nationalen solche des Zentrums zu sein — wenigstens für die Zukunft, von der Vergangenheit wollen wir schweigen —, wenn sie nur die Standes- und Berufsvertretungen der deutschen Arbeitnehmer sein wollten und politisch ihren Mitgliedern es freistellen oder gar zur Pflicht machen würden, sich in den Kampf um Freiheit und Brot einzureihen, dann ist dieser Kampf in wenigen Jahren zu unseren Gunsten entschieden."

Allerdings unterläßt Strasser, anzugeben, unter welchen Bedingungen und in welchen Formen ein faschistisches Regime die Gewerkschaften zu dulden bereit ist. Darüber gibt das italienische Korporativsystem, das ideale Vorbild des deutschen Faschismus, jedoch genugende Auskunft.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands denken nicht daran, sich in staatliche Zwangsinstitutionen zur Verhütung von Streiks und klassenkämpferischen Auseinandersetzungen „verwandeln" zu lassen. Sie pfeifen auf ein „Zuchtrecht", dessen Inhalt einer machtlosen Arbeiterschaft aufgezwungen und den jeweiligen Interessen des Unternehmertums mit dem „Beweglichkeit" angepaßt wird; sie lehnen es ab, von faschistischen Staatsfunktionären, den Trabanten der kapitalistischen Betriebsführer, ihre lohn- und tarifpolitischen Effizienzen „schlichten" zu lassen. Sie wissen: dieses raffinierte System der verhüllten Ausbeutung, in dem eine entrechtete Arbeiterschaft in staatlichen Zwangsinstituten und Korporationen von einer faschistischen Militärdiktatur beherrscht, stumm und willenlos gemacht wird, bedeutet nichts anderes als die offene Unternehmerwillkür der vorgewerkschaftlichen Zeit, die dem isolierten, unorganisierten und also ohnmächtigen einzelnen Proletarier gegenüberstand. Der Faschismus ist der grandiose Versuch, die Zersetzungskräfte des Monopol- und Trustkapitalismus unserer Epoche zu fesseln, in neuzeitlichen Herrschaftsformen zu zwingen, die vorhandenen Klassengegensätze durch Spaltung der Arbeiterschaft in staatlich gesicherte Zwangsverbände abzumildern und eine neue Hierarchie in der industriellen Gesellschaft aufzubauen, zum Nutzen einer bourgeoisen Aristokratie in den höchsten Spitzen, zur Knechtung der proletarischen Massen unterhalb der Stufenordnung. Dieses System, das wegen seines Zwangscharakters und seiner Durchgliederung jede sozialistische Auflehnung unmöglich macht, steht die zum äußersten Widerstand entschlossene klassenbewußte Arbeiterschaft im unversöhnlichen Kampf gegenüber — deshalb muß es scheitern.

Wohin aber steuern die christlichen Gewerkschaften?

Sind auch die christlichen Arbeiterverbände, ist auch Imbusch bereit, mit dem TDB. die Judasrolle des Verrats der Arbeiterschaft an die faschistische Reaktion zu spielen?

Kartellmißwirtschaft im Brennspiegel

„Wenn am Niederrhein", so schreibt der ehemalige Oberpräsident von Batocki, „zwei Gärtner, der eine hackt diesseits, der andere jenseits der Grenze, zur Erzeugung von Frühgemüse dieselbe Fläche in der gleichen Art unter Glas bringen wollen und Eisen, Glas, Heizkörper, Brennmaterial, Kunstdünger und sonstigen Bedarf beide von den gleichen deutschen Werken beziehen, hat der deutsche Gärtner dafür ein Drittel mehr als sein holländischer Nachbar zu zahlen. Der Grund dafür liegt im Einfluß der deutschen Kartelle und Syndikate. Aber unsere industriellen Verkaufsvereinigungen begnügen sich nicht mit der Zwangsregelung der Verkaufspreise und Verkaufsbedingungen ab Werk. Wer im letzten ostpreußischen Dorf mit Steinkohlen handelt, bekommt seine Preisvorschriften von dem zuständigen Syndikat. Das gleiche gilt von sämtlichen Arten des Kunstdüngers, vom Zement und Kalk, von Maschinenersatzteilen, von Treibstoffen aller Art usw.

„Besonders scharf bürokratisiert und reglementiert ist der Handel mit Eisen und Eisenwaren. Die Erlangung der „Zulassung" als Eisenhändler in irgendeinem Provinznest in der Gruppe der ganz Kleinen, bzw. in einem größeren Ort in der Rangstufe der Mittelgroßen oder der ganz Großen ist an scharfere Bestimmungen gebunden als die Einstufung in eine der Gehaltsgruppen der staatlichen Bürokratie. Wer aber einmal die Bestallungsurkunde als „zugelassener Eisen-

herbeiführen, daß neue, von der Reichsbank völlig unabhängige Banken mit Notenausgaberecht — sog. Bau- und Wirtschaftsbanken — geschaffen werden, die für Zwecke des Wohnungsbaues und des Baues von öffentlichen Anlagen zinslose Kredite ausgeben sollen. Es ist für den Wohnungsbau allein an etwa zehn Milliarden Mark gedacht. Die Kreditausgabe durch diese Banken ist daselbe, was oben als die kredit- und geldschöpferische Tätigkeit der Banken bezeichnen wurde, nur ist hier durch das Recht der Bau- und Wirtschaftsbanken, sich selbst das notwendig werdende Bargeld zu drucken, die Kontrollmöglichkeit der Reichsbank beseitigt. Damit ist unser Geldsystem zerrissen, und der Weg für inflatorische Geldvermehrung freigemacht.

Der Vorwurf der Inflation wird von Feder durch den Hinweis auf die durch das Geld neugeschaffenen Werte zurückgewiesen. Er sagt, daß das neugeschaffene Geld von Anfang an durch die erstellten Bauten gedeckt sei. Diese Argumentation ist nach mehreren Richtungen hin grober Unfug.

Einmal kommt es für die Wertbeständigkeit im inneren Verkehr überhaupt nicht auf die Deckung an. Es kommt nur darauf an, daß nicht mehr Geld in Umlauf gebracht wird, als der Verkehr — bei gegebenem Preisniveau — braucht.

Zweitens ist die Deckung durch Bauten überhaupt keine Deckung für Geld. Durch Bauten und Realwerte lassen sich Kredite decken, die von Banken oder Privatleuten gegeben werden. Um die Aufzahlung dieser Kredite zu sichern, wird ein wertbeständiges Objekt als Pfand gegeben. Die Pfandsicherung für hingegebene Kredite ist eine völlig andere Sache als die Wertsicherung des Geldes.

Wertbeständigkeit, d. h. gleichbleibende Kaufkraft des Geldes, gibt es nur so lange, wie dem umlaufenden Geld tauschbereite konsumierbare Güter gegenübertreten. Die Bauten und Kapitalanlagen sind nicht tauschbereite und konsumierbare Güter. Ein Bauwerk wird in 50 bis 100 Jahren konsumiert, und nur „so bis" 1/50 des Bauwertes tritt jährlich als tauschbereites, konsumierbares Gut auf den Markt. Tauschbereit und konsumierbar sind nicht die Bauwerke, sondern die Dienste, die sie den Menschen leisten, und die mit der Miete abgegolten werden. Wenn auf Grund der Erstellung von Bauten zusätzliche Geldausgabe nötig wird, so nur aus dem Grunde, weil in den Dienstleistungen der Bauten zusätzliche tauschbereite und konsumierbare Güter nach Austausch verlangen. Der Umfang des Mehrbedarfs an Zirkulationsmitteln richtet sich nach dem Umfang dieser Dienstleistungen, aber auch hier ist zu berücksichtigen, daß jeder ausgegebene Geldschein mehrere Tauschakte vermittelt. Praktisch wurde es wahrscheinlich so sein, daß der Geldumlauf nur um etwa die Hälfte der monatlich fälligen Miete erhöht werden darf, wenn ein Wohnungsbau erstellt wird (wenn alles andere in der Wirtschaft gleichbleibt). Würden wir Geld in der Höhe der Wertsumme der Bauten neu ausgeben, so stünde eine um die volle Bausumme vermehrte Geldmenge einer nur um die tauschbereiten und konsumierbaren Dienstleistungen vermehrten Gütermenge gegenüber, und das Geld mußte entwerten.

Wäre die Deckung durch Bauten eine Garantie für die Wertbeständigkeit, so hätten wir die in Deutschland umlaufende Geldmenge seit 1924 vervielfachen können. Von 1924 bis 1928 sind etwa 40 Milliarden Mark in der deutschen Wirtschaft neu investiert worden. Die Zunahme des Notenumlaufes betrugt jedoch nur drei Milliarden. **Das Projekt des Federgeldes ist inflationistisch.** Der Hinweis auf die Deckung ist eine demagogische Ausnutzung des Glaubens an die Wertsicherung durch eine Deckung und eine Spekulation auf die Dummheit der Menschen.

Auch der so oft angeführte Hinweis auf die Rentenmark versagt. Die Rentenbank wurde 1923 auf ein sog. Luftgeschäft aufgebaut. Zwischen Landwirtschaft bzw. Industrie und Rentenbank wurden Schuldtitel ausgetauscht. Die Grundbesitzer gaben Grundschuldbriefe hin und bekamen dafür Anteile an dem 2,4 Milliarden betragenden Kapital der Rentenbank. Die Rentenbank durfte bis zur Höhe ihres Kapitals neue Noten drucken. Der Reichsbanknotenumlauf betrug am 31. Dezember 1923 496,507 Trillionen Papiermark, d. i. 496 Millionen Goldmark (eine Billion Mark = 1 Goldmark). Selbst wenn die Rentenbank ihr Notenausgaberecht voll ausgenutzt hatte, hätte das nur einen Gesamtumlauf von 3 Milliarden Goldmark ergeben. Sie hat dies jedoch nicht getan. Am 31. Dezember 1923 betrug der Umlauf an Rentenbankscheinen 1242 Millionen, und der gesamte Geldumlauf (Rentenbankscheine, Reichsbanknoten, Notgeld und sonstiges Geld) 2273,6 Millionen Goldmark. Die Rentenbank deckte den Bedarf an Geld, der in dem Moment entstehen mußte, in dem die rasende Umlaufsgeschwindigkeit des Inflationsgeldes wieder der normalen Umlaufsgeschwindigkeit eines wertbeständigen Geldes Platz machte. Heute haben wir eher eine unnormal langsame Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes (Notenbanksteuer) und einen übersättigten Geldumlauf, so daß das Beispiel der Rentenmark heute nicht beweiskräftig ist. Soweit das Federgeld. Andere Theoretiker vertreten nun die Einführung einer

Indexwährung.

Hinter dem geheimnisvollen Namen der Indexwährung verbirgt sich der einfache Gedanke, das Preisniveau durch geldpolitische Maßnahmen stabil zu halten, also nicht nur Wertminderungen, sondern auch Wertsteigerungen des Geldes zu vermeiden und damit eine Quelle unbequemer Wirtschaftsumwälzungen auszuschalten. Die Bewegungen des Preisniveaus mißt man an Indexzahlen. Die Indexwährung will einen für die allgemeine Preisbahn repräsentativen Index auffinden und diesen durch Vermehrung, bzw. Verminderung der Notenmenge stabil halten. Steigen die Preise, so sollen sie durch vermehrte Notenausgabe zum Sinken, sollen sie unter den normalen Stand, so sollen sie durch Notenentziehung zum Steigen gebracht werden. Die Indexwährung verzichtet auf eine Deckung des Geldes.

Dieses Projekt ruht auf modernen geldtheoretischen Anschauungen. Es ist theoretisch also nichts dagegen einzuwenden. Um die Gedanken praktisch anzuwenden, müssen jedoch einige Voraussetzungen erfüllt sein, die heute nicht erfüllt sind. Die Stabilität des inneren Preisniveaus wird erschüttert durch ein Schwanken der Wechselkurse. Der Wert des Geldes im internationalen Verkehr ist bei einer Indexwährung nicht stabil. Wenn in der Weltwirtschaft sehr unruhige Verhältnisse herrschen, und wenn ein Land stark in die Weltwirtschaft verflochten ist, wenn also die möglichen Schwankungen der Wechselkurse groß, und die Einwirkung dieser Schwankungen auf die Binnenwirtschaft wesentlich ist, dann läßt sich die Stabilität des inneren Preisniveaus auch nicht aufrechterhalten. Die praktische Durchführung ist also ein stabiles Vertrauen des In- und Auslandes zu einer Volkswirtschaft und weltwirtschaftlich ruhige und ausgeglichene Verhältnisse voraus. All das ist heute nicht vorhanden.

Andere Projekte empfehlen das sogenannte

Schwundgeld.

Auch die Freigeldlehre Silvio Gesells will eine Indexwährung. Sie will jedoch die Maßnahmen der Zentralnotenbank dadurch wirksamer gestalten, daß sie das Zurückhalten von Geld, das u. U. die Politik der Zentralstelle durchkreuzen konnte, erschwert. Diesem Zwecke dient das Schwundgeld, ein Geld, das im Jahre einen bestimmten Prozentsatz seines Wertes verliert. In der praktischen Handhabung soll das so geschehen, daß z. B. ein 10 Mark-Schein seinen vollen Wert nur dann behält, wenn jede Woche eine Wertmarke von 1 Pf. auf die Rückseite des Scheines aufgeklebt wird. Geldhamsterei wurde dann durch einen Wertverlust bestraft.

Soweit mit dem Schwundgeld nichts weiter beabsichtigt ist als die Unterstützung der Zentralnotenbank bei der Durchführung einer Indexwährung, ist der Vorschlag diskutabel. Der Vorteil liegt in der Erschwerung der Zurückhaltung von Geld. Die Strafe, die heute schon auf Geldhamsterei steht, der Zinsverlust, wird durch einen Substanzverlust erhöht. Der Nachteil ist die schwierige Handhabung der Umwertung. Kleberei und Schwundverrechnung sind die Dinge, die wir beim heutigen Geld nicht nötig haben. Ob die Vorteile die Nachteile überwiegen, hängt davon ab, wie hoch der Schaden eingeschätzt wird, der durch die Geldhamsterei entsteht. Wir halten ihn für nicht allzu groß.

Selbst wenn das Schwundgeld nichts weiter sein will als ein Mittel zur Unterstützung der Indexwährung, müssen alle die Einwände geltend gemacht werden, die gegen die praktische Durchführung der Indexwährung vorgebracht wurden.

Aber darauf beschränken sich die Verfechter der Freigeldlehre nicht. Sie glauben, daß das Schwundgeld in anderer Hinsicht Wunder wirkt, daß es den Zins und damit schließlich die kapitalistische Wirtschaft und die Krisen beseitigt. Der Zins und die Krisen werden angesehen als die Folgen der Spekulation, z. B. Zurückhaltung von Geld. Diese Meinung ist ein Irrtum. Sowohl der Zins als auch die Krisen haben ihre Ursachen in der Art und Weise, in der die Produktion von Gütern heute organisiert ist, und nicht in der Art und Weise der Zirkulation der Güter. Krisen sind aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich naturgesetzlich ergebende Störungen und nicht Verschwörungen mächtiger Finanzmagnaten, wenn nicht gesagt sein soll, daß es nicht Finanzspekulanten und Finanzleute gibt, die auch die Krisen ausnutzen, um Gewinne zu machen. Man bleibt am Geldschleier, der bei über alle wirtschaftlichen Vorgänge gelegt ist, hängen, wenn man das Geldsystem für unser Wirtschaftsunglück verantwortlich macht und glaubt, wir brauchten nur ein anderes Geldsystem zu schaffen, um goldene Zeiten herbeizuführen.

In dieser weitergehenden Fiebrung ist die Freigeldlehre gefährlich, weil sie Illusionen weckt, die nur sehr schwer wieder aus den Köpfen herauszubringen sind. Man fällt einer maßlosen Ueberschätzung der Tragweite der Vorschläge anheim. Das ist fälschlich noch so fein ausgeklügeltes Geldsystem wird die Menschheit von den großen produktionspolitischen Aufgaben, wie sie die Beziehung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und den Aufbau einer Planwirtschaft stellen, befreien können.

Die Freigeldlehre weist nun zur Bekräftigung ihrer Behauptungen auf praktische Beispiele hin. Sie bewegen sich alle in dieser Linie: Ein Betrieb, der stillgelegt war (Siedlungswerk Schönland), ist durch die Ausgabe von Freigeldscheinen wieder lebensfähig geworden und hat gearbeitet, bis die Regierung durch letzte Notverordnung die Ausgabe von Geld aller Art unterbindet. Diese Beispiele beweisen nichts für das Schwundgeld. Es daß man Schwundgeld ausgegeben hat, ist das Geheimnis des Erfolges, sondern die Ausgabe von Geld schlechthin. Jeder Betrieb, der aus Mangel an Kapital stillgelegt werden mußte, wird wieder lebensfähig, wenn er sich durch Ausgabe von Geld Kredit verschaffen kann. Die Ausgabe von Geld ist nichts anderes, als die Gewährung eines Kredits durch das Publikum, das das betreffende Geld annimmt. Wird der Kredit noch zinslos gegeben, wie es bei der Ausgabe von solchem Geld der Fall ist, so müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn gewisse Betriebe nicht wieder in Gang zu bringen waren. Das ist im einzelnen Fall möglich, wo die Ausgabe von Geld nicht ins Gewicht fällt oder durch einen eingetretenen Umlauf an Reichsbanknoten ausgeglichen wird. Im Gesamtbereich der Volkswirtschaft ist das nicht möglich. Wollten sich alle Betriebe den fehlenden Betriebskredit durch Neuausgabe von Geld verschaffen, so liefe das auf dasselbe hinaus, wie das Projekt des Federgeldes: auf Inflation.

händler" besitzt, hat dann auch die Annehmlichkeit des Bürokraten, daß er sich über Preise und Lieferungsbestimmungen nicht den Kopf zu zerbrechen braucht, sondern alles genau von seinen „Vorgesetzten", den amtlichen Verkaufsstellen der Syndikate vorgeschrieben bekommt, und daß er durch die strengen Zulassungsbestimmungen im Sinne des Numerus clausus vor einer unbequemen Vermehrung der Konkurrenz geschützt wird."

„Aber anderseits wirkt die Erstarrung unserer gesamten Wirtschaft, das Hinsterben von Mut und Kraft zu wirtschaftlichen Entschlüssen so verheerend, daß der Versuch zu einer Beseitigung hemmender Bindungen auf dem geschilderten Gebiet, wo er verhältnismäßig leicht durchführbar und äußichtsvoll ist, schleunigst gemacht werden müßte."

Herr von Batocki schildert die Dinge wie sie sind. Wie können die Ansichten dieses rechtsstehenden Mannes über die Fesseln der privaten Zwangswirtschaft restlos unterschreiben. Es ist höchste Zeit, daß die Gesetzgebung eingreift. Amerika hatte längst vor dem Kriege schon ein Schutzgesetz gegen die Trusts erlassen.

Lügenbeuteleien
der kommunistischen Presse

„Von 116 000 auf 35 000"

und „Riesiger Mitgliederverlust des Zentralverbandes der Schuhmacher"

Unter dieser knalligen Ueberschrift veröffentlicht die „Rote Fahne" in ihrer Nr. 74 vom 7. April und wohl auch die übrige KPD.-Presse einen Artikel, in welchem die lügnerische Behauptung aufgestellt wird, daß der Zentralverband der Schuhmacher durch die reformistischen Gewerkschaftsführer bis auf 35 000 Mitglieder heruntergewirtschaftet worden sei.

Das ist wieder einmal ein Schulbeispiel für die niedrige, verlogene Hetze der KPD. gegen die Gewerkschaften. Die kommunistische Presse schämt sich nicht der handgreiflichen Lügenbeuteleien. Aus der vor wenigen Wochen im Druck herausgegebenen Abrechnung geht hervor, daß der Zentralverband der Schuhmacher an die 60 000 Mitglieder zählt. Ganz abgesehen davon also, daß die angegebenen Zahlen falsch sind, sollte auch den KPD.-Strategen nicht unbekannt sein, daß die Zahl der Beschäftigten in der Schuhindustrie sehr stark zurückgegangen ist und daß außerdem die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter gewaltig gestiegen ist, und daß es wohl keine Organisation geben wird, gleich welcher Richtung, die den Stand von 1922 behauptete.

Im Jahre 1922 waren in der Schuhindustrie rund 111 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Im Jahre 1931 dagegen nur noch 67 700, das sind 43 300 oder rund 40 Prozent weniger. Hinzu kamen noch einige tausend Arbeiter im Handwerk. Im Jahre 1922 hatten wir im Jahresdurchschnitt nur 1¼ Prozent Arbeitslose, im Jahre 1931 dagegen 30½ Prozent, wozu noch 43,5 Prozent Kurzarbeiter kommen. Die Zahl der in Vollarbeit Beschäftigten betrug in der Schuhindustrie im Jahresdurchschnitt 1931 nur noch rund 15 000 oder 26 Prozent.

Die Zahl der Mitglieder des Zentralverbandes hatte im Jahre 1922 allerdings 116 000 betragen. Am Schlusse des 4. Quartals 1931 aber nicht 35 000 Mitglieder, wie die KPD.-Presse lügt, sondern wie jeder aus der veröffentlichten, jedem Mitglied zugängigen Abrechnung ersehen kann, 59 917 Mitglieder. Gegenüber dem erwähnten Rückgang der Zahl der Beschäftigten und der großen Zahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern hat sich also der Zentralverband der Schuhmacher außerordentlich gut gehalten.

Wenn die „Rote Fahne" behauptet, wir hätten nach unseren eigenen Angaben nur noch 45 000 Mitglieder, und daß diese Zahl inzwischen aber wohl auf 35 000 zurückgegangen sei, so beweist dies nur ihre Verlogenheit oder grenzenlose Unwissenheit bzw. böswillige Verleumdungssucht. Denn jeder ist in der Lage, sich mit Leichtigkeit über den wahren Stand der Mitgliedschaft zu informieren.

Das Blatt errechnet — wie es scheint — die Mitgliederzahl von 45 000 aus der Berechnung der Delegierten zum Verbandstag. Jeder Gewerkschafter aber weiß, daß bei der Berechnung der Delegiertenwahlen nur die bezahlten Beitragsmarken zugrunde gelegt und 13 bezahlte Beiträge gleich einem Mitglied pro Quartal gerechnet werden. Nach der so errechneten Mitgliederzahl erfolgt die Berechnung der Zahl der Delegierten, während natürlich in der Abrechnung selbst alle Mitglieder, auch diejenigen, welche infolge Kurzarbeit nur alle 14 Tage oder 3 Wochen einen Beitrag zahlen, sowie die arbeitslosen Mitglieder, mitgerechnet werden.

Wenn die „Rote Fahne" ferner schreibt, daß die Verbandsleitung die volle Verantwortung für die Elendslage der Schuharbeiter und für den Rückgang der Organisation trage, so könnte man mit demselben Recht die KPD. für den Ausbruch des Japanisch-Chinesischen Krieges verantwortlich machen. Und wenn sie verlangt, daß die Opposition in allen Zahlstellen oppositionelle Delegierte aufstellen und diese Delegierten dem Reichskomitee der RGO.-Industriegruppe Leder, Berlin, Münzgasse 21, melden solle, so können wir nur sagen, daß die RGO. im Zentralverband der Schuhmacher sehr wenig zu melden haben wird und von gewählten Delegierten jedenfalls gar keiner. Denn die Rote Gewerkschaftsopposition hat im Zentralverband der Schuhmacher so gründlich abgewirtschaftet, daß von ihr nicht mehr viel übrig geblieben ist, abgesehen davon, daß sie an den meisten Orten an sich ein totgebornes Kind geblieben war. Die Arbeiter der Schuhindustrie, die mit der Organisation verwachsen sind und in ihr aufgewachsen, wissen, was sie an dem Zentralverband haben. Ihnen vermag weder eine RGO. etwas vorzumachen, noch werden sie sich von den verlogenen Tiraden der KPD. im geringsten beirren lassen.

Der Nazi soziales Programm

In unserem Reich — gibt es keine Sozialversicherung.
In unserem Reich — gibt es keine Arbeitslosenunterstützung.
In unserem Reich — gibt es keine Republikaner.
In unserem Reich — gibt es keine Betriebsräte.
In unserem Reich — gibt es keine Tarifverträge.
In unserem Reich — gibt es keine Gewerkschaften.

Im Frühjahr 1930

trat der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell zurück, weil die bürgerliche Mehrheit im Reichstag die Arbeitslosenunterstützung noch mehr verschlechtern und die Lasten den Armen und Schwachen auferlegen wollte.

Das wollte und konnte die Sozialdemokratie nicht verantworten!

Dennoch — bei der darauffolgenden Volksbefragung (Reichstagswahl) wurde der Sozialdemokratie dafür schlecht gedankt!

Denn diese Septemberwahlen 1930

verschoben im Reichstag das Bild zugunsten der Nationalsozialisten.

Daraufhin kam die Notverordnungspolitik Brünings.

Mangels parlamentarischer Mehrheit wurde mit § 48 der Verfassung regiert.

Die Nationalsozialisten waren 107 an der Zahl.

Aber sie haben keinen Finger gerührt gegen die Notverordnungen.

Sie waren „geflüchtet" aus dem Parlament, als es galt, gegen die notverordnete Kürzung der Kriegsbeschädigtenrenten, der Wöchnerinnenunterstützung Front zu machen!

Sie haben die Sitzungen geschwänzt, als neue Vorlagen kamen, die die Arbeitslosenunterstützung noch mehr verschlechtern sollten. Sie waren nicht da, als es galt, die steuerliche Schonung des Besitzes und die Belastung der Armen und Schwachen zu Fall zu bringen.

Sie waren auch nicht auf dem Posten, als die Notverordnungspolitik sogar gegen die Löhne und Gehälter, gegen das Tarif- und Schlichtungswesen zum Schlage ausholte!

Der Einfluß der 107 Nazistimmen wurde im Reichstag überhaupt nicht geltend gemacht.

Am 24. April heißt es:

Abrechnen mit diesem Arbeiterverrat!
Nieder mit den Parlaments-Saboteuren!
Heran an die Urne
Für die Sache der Schaffenden
Für wahrhafte sozialistische Politik
Jeder stimme
für die sozialdemokratische Liste Severing-Braun!

RGO.-Strategen

Gott gab ihnen einen Mund,
weil zwei Mäuler ungesund.
Mit dem einen Maule schon
schwätzt zuviel der Erdensohn.
Wenn er doppelmäulig wär,
Fräß und lög er auch noch mehr.
Hat er jetzt das Maul voll Brei,
muß er schweigen unterdessen,
hätt er aber Mäuler zwei,
löge er sogar beim Fressen.

Nach Heinrich Heine.

Verschärfung des Kampfes beim Sontheimer Streik

Die Vorschläge der Firma werden als Verhöhnung empfunden

Bereits fünf Wochen stehen die Arbeiter der Schuhfabrik Wolf & Co. im Streik gegen die unglaubliche Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, die mit der forcierten Bandarbeit verknüpft ist, die eine menschenunwürdige Behandlung sowohl als auch gleichzeitig einen Lohnraub darstellt. Auch in den sechs Wochen des Kampfes hat die Arbeiterschaft die Härte einer solchen Bandarbeit, die Krankheitsfälle, die Chumachten und alle Schikanen noch nicht vergessen. Deutlich steht ihr vor Augen was erneut droht, wenn sie den Kampf nicht mit allen Mitteln und bester Geschlossenheit weiterführt. So hat die Parolenschnüffelei, die mannigfaltigste in Demagogie ausartete und von der Firma und ihren getreuen Agenten, den Herren Meistern, überall verbreitet wurden, nicht vermocht, die Front der Streikenden zu schwächen, noch ihre Schlagkraft zu lahmen.

Das fast unmögliche ist in den letzten Wochen von Meistern

Jack London

Die Insel Berande

Copyright 1927 by Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin. — Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61

(40 Fortsetzung)

„Hallo!" rief Joan. „Weshalb erschrecken Sie meine Leute? Kommen Sie herauf."

„Wie finden Sie sie", fragte sie, nachdem sie sich begrüßt hatten. „Und was meinen Sie dazu?" fuhr sie fort, indem sie auf die Martha wies. „Ich dachte schon, Sie hätten die Plantage verlassen und ich müßte die Leute selbst in die Baracken bringen. Und da heißt es, daß Punga-Punga-Leute sich nicht anwerben lassen. Sehen Sie sie an und wünschen Sie mir Glück. Es sind keine Kinder und halbwüchsige Burschen darunter. Jeder von ihnen ist ein Mann! Ich habe so viel zu erzählen, daß ich gar nicht weiß, wo anfangen, aber ich fange lieber gar nicht erst an, bis wir hier fertig sind, und bis Sie mir gesagt haben, daß Sie mir nicht böse sind."

„Tau! Was Ort gehoren dir?" fuhr sie in ihren Fragen fort.

Aber Tau war ein Buschmann, der das fast allgemein verbreitete Trepang Englisch nicht verstand, und ein halbes Dutzend seiner Genossen versuchten ihm klarzumachen, um was es sich handelte.

„Es sind nur noch zwei oder drei, und dann sind wir fertig. Aber Sie haben noch nicht gesagt, daß Sie mir nicht böse sind."

Scheldon blickte ihr in die klaren Augen, die ihn jetzt gerade so eifrig ansahen, und er wußte, daß ihr Blick im nächsten Augenblick unangenehm und herausfordernd werden konnte. Und daher kam ihm zum Bewußtsein, daß er nie geahnt hatte, welche Freude ihre Rückkehr ihm bereiten würde.

„Ich war böse", sagte er bedächtig. „Ich bin noch böse, sehr böse." Er bemerkte einen Schimmer von Trotz in ihren Augen und erbebte. „Aber ich habe Ihnen verziehen, und jetzt verzeihe ich Ihnen alles noch einmal. Ich bestehe jedoch darauf ..."

„Daß ich einen Vormund bekomme", unterbrach sie ihn. „Das wird nie geschehen. Ich bin Gott sei Dank mündig und imstande, selbständig Geschäfte zu machen. — Da wir gerade von Geschäften sprechen: Was halten Sie von meinen amerikanischen Kraftmethoden?"

„Herr Raff schätzt sie jedenfalls gar nicht, wie ich höre", sagte er zögernd. „Sie haben für lange Zeit dem Klatsch reiche Nahrung gegeben. Aber ich möchte wissen, ob andere Amerikanerinnen in Geschäftssachen ebenso erfolgreich sind."

„Es war Glück, fast nichts als Glück", sagte sie bescheiden, obgleich ihre Augen in plötzlicher Freude aufblitzten, und er wußte, daß sein mäßiges Lob ihrem Knabenstolz geschmeichelt hatte.

„Was, Glück!" platzte Sparrowhawk, der lange Steuermann, heraus, und sein Gesicht strahlte vor Bewunderung. „Schwere Arbeit war es. Ja, wirklich. Wir haben uns unser Geld redlich verdient. Sie ließ uns arbeiten, bis wir umfielen. Die halbe Zeit lagen wir noch dazu am Fieber darnieder. Sie hatte es übrigens auch, nur daß sie sich nicht hinlegte und es uns auch nicht erlauben wollte. Wahrhaftig, sie ist der reine Sklaventreiber — ‚Nur noch einmal hieven, Herr Sparrowhawk, und dann können Sie sich eine Woche lang ins Bett legen', sagte sie zu mir. Ich taumelte umher wie ein Toter, während gallengrüne Lichter in meinem Kopfe sprühten, daß er beinahe platzte. Ich war ganz fertig, aber ich hievte — und dann hieß es: ‚Noch einmal hieven, Herr Sparrowhawk, nur noch einmal.' Und wie sie dem alten Nina-Nina um den Bart ging."

Er schüttelte vorwurfsvoll den Kopf, und sein Gelächter erstickte in einem verhaltenen Kichern.

„Er war älter als Telepasse und noch schmutziger", erklärte sie Scheldon. „Und ich bin überzeugt, viel bösartiger. Aber das nenne ich nicht arbeiten, lassen Sie uns machen, daß wir mit den Listen fertig werden." Sie wandte sich an den wartenden Schwarzen auf der Treppe.

„Tau, du hören auf groß Herr gehören weißer Mann, du gehen Not Not. — Hier du, Tagari, du sagen dies fella Tau. Er fertig, er gehen Not Not. Haben Sie's, Herr Munster?"

„Aber Sie haben die Anwerbebestimmungen überreten", sagte Scheldon, als die neuen Leute nach den Baracken abmarschierten. „Die Flibberty-Gibbet und die Emily haben keine Lizenz für hundertfünfzig Mann. Was sagte Burnett denn dazu?"

„Er ließ sie alle durch", antwortete sie. „Kapitän Munster wird Ihnen erzählen, was er gesagt hat. Jetzt muß ich mich erst einmal waschen. Sind die bestellten Sachen aus Sydney gekommen?"

„Es ist alles in Ihrem Zimmer", sagte Scheldon. „Beeilen Sie sich, das Frühstück wartet. Geben Sie mir Ihren Hut und Gürtel, bitte, tun Sie es. Es gibt nur einen Hafen dafür, und den kenne ich."

Sie sah ihn mit einem forschenden, fast frauenhaften Blick an. Dann seufzte sie erleichtert auf, während sie den schweren Gürtel abschnallte und ihm reichte.

„Ich glaube nicht, daß ich je wieder einen Revolver sehen möchte, der hat mich ganz krank gemacht. Ich hatte mir nie träumen lassen, daß ich seiner so überdrüssig werden könnte."

Scheldon sah ihr nach, bis sie die Treppe hinuntergegangen war. Da drehte sie sich noch einmal um und rief:

„Ach, ich kann gar nicht sagen, wie schön es ist, wieder zu Hause zu sein."

Und als sein Blick ihr folgte, wie sie über das Grundstück zu ihrem kleinen Grashause schritt, kam ihm plötzlich zum Bewußtsein, daß Berande und das kleine Grashaus der einzige Ort auf der ganzen Welt war, den sie ihr Zuhause nennen konnte.

„Also Burnett sagte: ‚Verflucht noch mal!' Entschuldigen Sie, Frauleen Vaccland, aber Sie haben unmöglich die Anwerbebestimmungen überreten, und das wissen Sie", berichtete Kapitän Munster, als sie beim Bhisch saßen und auf Joans Rückkehr warteten. „Da sagte sie zu ihm: ‚Herr Burnett, könnten Sie mir eine Bestimmung zeigen, die verbietet, die Passagiere von einem Schiff zu übernehmen, das auf einem Riff festsitzt?' ‚Darum handelt es sich ja hier nicht.' ‚Doch, eben darum handelt es sich hier', sagte sie. ‚Halten Sie sich das bitte vor Augen und lassen Sie meine Leute durch. Sie können mich, wenn Sie wollen, beim Regierungspräsidenten anzeigen, aber ich habe drei Schiffe hier liegen, die auf Ihre Erlaubnis zum Weiterfahren warten, und wenn das noch lange dauert, dann geht noch ein anderer Bericht an den Regierungspräsidenten ab.'

„Ich mache Sie verantwortlich, Kapitän Munster', sagte er ganz außer sich zu mir. ‚Nein, das tun Sie nicht', sagte sie. ‚Ich habe die Emily gechartert, und Kapitän Munster hat nach meinem Befehl gehandelt.' Was sollte Burnett machen. Er ließ alle hundertfünfzig Mann durch, obgleich die Emily nur eine Lizenz für fünfzig, und die Flibberty-Gibbet nur eine für fünfunddreißig hat."

„Aber ich begreife immer noch nicht", sagte Scheldon

(Fortsetzung folgt.)

(und solchen, die es werden wollen) geleistet worden, um Streikende zu überreden und zum Umfall zu bewegen. Besonders hat man es hierbei auf die weiblichen Arbeiter abgesehen. Fast täglich werden die verschiedenen Cliquschaften hergeschickt, um die Arbeiter als Streikbrecher zu fokern. In dieser Agitation schenen Firma und Meister vor den ärgsten Unwahrheiten nicht zurück. Aber das alles hat bis heute nichts genutzt. Ferhalb versucht man es mit dem Mittel des Terrors und mit Drohungen. Noch im Betrieb beschäftigte Arbeiter, die mit dem Streik nichts zu tun haben, werden unter Druck gesetzt mit der Drohung, daß sie sofort entlassen wurden, wenn nicht im Streik befindliche Angehörige oder Verwandte die Arbeit sofort aufnehmen wurden. Einzelne Arbeiter werden von der Arbeit weggeschickt, um ihre Angehörigen zu holen. Bei verschiedenen andaer Arbeitern wo nicht man es mit der Drohung: „Wenn Ihr des dann und dann nicht anfangen, sind Ihr endgültig entlassen." Lächerlich. Wie oft will denn die Firma ihre Leute noch entlassen? Sie hat doch schon wiederholt erklärt, daß alle Streikenden entlassen seien. Man hat aber die Gewißheit, daß sich die Firma der Ungelassenen ihres Handelns in dieser Frage bewußt ist, sonst wurden derartige Drohungen unterbleiben. Mögen die Herren Meister ihre verzweifelte Agitation weiter treiben, auch sind sie ist es noch nicht alles Tage Abend. Auch sind sie kommt die Zeit, wo sie sind die Judasgroschen ihren Lohn dafür haben werden. Doch mögen die Herren sich gesagt sein lassen, auf solch blöde Bauernfängerei sollt die Arbeiterschaft nicht mehr herein. Die Arbeiterschaft hat keine Lust, das Joch dieser in ihrer Wirkung an Sklaverei gemahnende Band arbeit wieder unter den alten Bedingungen aufzunehmen.

Am vorletzten Sonntagmittag fand im „Sonnensaale" eine stark besuchte Versammlung statt, die den Bericht über die am Samstag stattgefundenen Verhandlungen entgegennahm und über Annahme oder Ablehnung des Vorschlages zu beschließen hatte. Kollege Mittwich erstattete den Bericht über die Verhandlungen, die von Samstag früh bis nachmittags 5 Uhr sich ausgedehnt hatten. Er unterrichtete die Versammlung zunächst, daß in einer Vorbesprechung von seiten der Firma es abgelehnt worden sei, den Arbeitersekretär zu den Verhandlungen beizuziehen. Lediglich durfte der Betriebsratsvorsitzende den Verhandlungen beiwohnen, erstaunt durch den Vertreter der christlichen Gewerkschaft, der als Streikbrecher im Betrieb steht.

Bei den Verhandlungen wurde die Wiedereinstellung der Streikenden in den Vordergrund gerückt, da ja die Lohnfrage durch den Spruch der Tarifkommission zugunsten der Arbeiter grundsätzlich erledigt ist. Gerade die Frage der Wiedereinstellung stieß auf Schwierigkeiten, da die Firma erklärte, sie könne den Streikbrechern gegenüber ihr Wort nicht brechen, denen sie versprochen habe, sie nicht zu entlassen.

Es ist unglaublich, welchen Standpunkt die Firma hier einnimmt. Sie darf ihr Wort nicht brechen. Da drängt sich schon die Frage auf: „Warum hat sie das bei früheren Abmachungen ihren Arbeitern gegenüber nicht zum Vorbild gemacht? Warum hat sie gerade bei den Leistungen am Band gegen die Abmachungen verstoßen?" Wir konnten noch andere Beweise anführen, nach denen die Firma über die Rechte der Arbeiter hinweggeht.

Die Firma machte bei den Verhandlungen den Vorschlag, daß 60 Arbeiter sofort wieder eingestellt werden sollen, die anderen nach Bedarf und vor Betriebsfremden. Gleichzeitig sollen die Arbeiter aber auf die Rechte, die ihnen die Tarifkommission in der Lohnfrage gegeben hat, verzichten. Diese Mitteilung rief unter den Anwesenden stürmische Entrüstung hervor. Der Verband betrachtet diese Vorschläge als unannehmbar. Die Arbeiterschaft hat in den letzten fünf Wochen des Kampfes musterguktig ausgehalten und wird sich auch fernerhin treu zur Organisation stellen. Die Abstimmung ergab geschlossene Ablehnung des genannten Vorschlages.

An der Aussprache wandten sich die Diskussionsredner sämtlich in aller Schärfe gegen das Ansinnen der Firma, das als eine Verhöhnung der Streikenden betrachtet werden muß. Die Aufforderungen, sich bis zum letzten gegen eine derartig brüske Behandlung zur Wehr zu setzen, fanden den stürmischen Beifall der Versammlung.

So geht denn der Kampf in geschlossener Front weiter. Jedes einzelne Mitglied ist sich der Schwere dieses Ringens bewußt. Wenn es zutrifft, daß Herr Gerhard Wolf tatsächlich geäußert hat: „es geht ein derartiges Gericht um ... daß, wenn er einmal einen Fickfack aufgesetzt habe, es ein Nachaehen nicht gäbe, auf denn, Kolleginnen und Kollegen, wir halten zusammen. Sollen sich dann diese Herren ihre Köpfe einrennen an dem Bollwerk, das wir ihnen entgegensetzen treu unserem Gelöbnis, das wir am Schluß der Versammlung in dem Kampflied abgelegt haben:

„Bruder in eins nun die Hände, Bruder das Streiken verlacht.
Ewig der Sklaverei ein Ende, heilig die letzte Schlacht."

Mittellungen

Berlin

Schmutzfinken der NSG. an der Arbeit.

In der Nummer 67 der „Roten Fahne", Zentralorgan der KPD., vom 20. März 1932 findet ein Schmutzfinke der NSG. die göbbiches Dreckfudel aus in einem Artikel, überschrieben: „Terrorherrschaft der Schuhmacher Reformisten gegen klassenbewußte Arbeiter ... „Eisernen" Schurkenstreich."

In diesem Artikel wird, ohne auch nur den Schein eines Beweises zu erbringen, die freche Behauptung aufgestellt, der Schuhmacherverband habe eine „unerhörte Kampagne bei der Firma Leiser Schuhfabrikation" geführt, und Hotz vom Schuhmacherverband habe sich mit der Firma Leiser in Verbindung gesetzt, und darauf sei plötzlich die Entlassung eines Arbeiters erfolgt.

Von der „Roten Fahne" wird der entlassene Arbeiter als behandelt sich um den Arbeiter Otto Koch als ein klassenbewußter Arbeiter hingestellt. Die „Rote Fahne" scheint nicht zu wissen, daß der jetzt entlassene Arbeiter bei der Firma Leiser eingestellt wurde im unmittelbaren Anschluß an den berüchtigten NSG.-Streik im Januar 1931, und ich öffentlich rühmte, der NSG. eins ausgewischt zu haben. Die damalige Einstellung dieses „klassenbewußten Arbeiters" kann somit als eine Belohnung betrachtet werden. Jedenfalls scheint es mit dem Klassenbewußtsein nicht weit her zu sein, denn ein klassenbewußter Arbeiter kann sich nicht so unbedacht treiben aber einer Streikenden Arbeiter, gleich welcher Richtung die Streikenden angehören, wie dieser Otto Koch es getan hat. Mit solchen Schädlingen der Arbeiterbewegung wird selbst die „Rote Fahne" nicht viel Staat machen können.

Die Belegschaft der Firma Leiser hat es jedenfalls in ihrer Mehrheit abgelehnt, für solche Zuhälter einzutreten. Nur drei jetzt wegen beschädigenden Verhaltens aus dem Schuhmacherverband Ausgeschlossene, die bei Leiser Mitglied des Betriebsrates waren, versuchten, für den ebenfalls ausgeschlossenen Koch einzutreten zu müssen. Die Ausschlüsse aus dem Schuhmacherverband sind erfolgt, weil die Genannten getrauen Betrug verübten, indem sie mit dem Ausschlußschein, Mitglied der freien Gewerkschaft zu sein, NSG.-Politik trieben und beabsichtigten, die gesamte Belegschaft bei Leiser zur NSG. zu führen, um dieser am Schwindsucht leidenden Organisation neues Blut zuzuführen. Diese Absicht ist durch die Wachsamkeit der freien Gewerkschaft vereitelt. Die Leiser Belegschaft steht in der überwiegenden Mehrheit zur freien Gewerkschaftsbewegung, weil, nur diese in der Lage ist, die geschlossene Kampffront zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen zu bilden.

Heilbronn

Am „Zonnen" Saale in Sontheim fand vorige Woche eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher, Zahlstelle Heilbronn, statt. Der Vorsitzende der Ortsverwaltung, Kollege Gnädle (Heilbronn), eröffnete die Versammlung, die sich in erster Linie mit der Streiklage bei der Schuhfabrik Bloß & Co. beschäftigte. Weiter wurde zum Bezirks- und Verbandstag Stellung genommen. Kollege Hanselmann berichtete über die Streiklage. Er stellte fest, daß nach den Verhandlungen der Tarifkommission das Dezemberabkommen, welches die Firma bei dem bekannten Messlitreiben gegen den Betriebsrat unstande gebracht hat, als tarifwidrig erklärt wurde. Somit wurde die Firma verurteilt, ab 1. März die Löhne zu bezahlen, wie sie vor diesem Abkommen bestanden haben abzüglich der durch die Notverordnung dekretierten Lohnsenkung. Ueber die Frage der Wiedereinstellung und Bewertung der Leistungen wurden Verhandlungen von Verband zu Verband getätigt, führten aber zu keinem Ergebnis. Auf Betreiben des Vertreters der Firma wurden der Firma erneut die Forderungen der Streikenden schriftlich zugestellt, die im ersten Punkt restlose Wiedereinstellung aller Streikenden, zweitens Festsetzung der Leistungen an den Bändern, drittens Erlaßzahlungen, ferner Forderungen betr. Behandlung von seiten der Meister usw. enthalten. Am Samstagfrüh sollen bei der Firma weitere Verhandlungen stattfinden.

In der Aussprache wurde aller Nachdruck darauf gelegt, daß auf keinen Fall Kollegen auf der Straße bleiben dürfen. Hauptforderung müsse die Wiedereinstellung aller Streikenden sein. An die Versammlung ergeht der Appell, jeden Versuch von seiten der Firma oder deren „wurdigen Vertreter", die Streikenden durch Drohungen einzuschüchtern und zu veranlassen, zu Streikbrechern zu werden, zurückzuweisen. Der Kampf müsse so geschlossen wie bisher auch weiterhin geführt werden.

Mit großem Beifall wird die Mitteilung begrüßt, daß die Zahlstellen Stuttgart und Kornwestheim ihre Sympathie in der Ueberweisung einer Sonderunterstützung für die Streikenden zum Ausdruck gebracht haben.

Auch der Textilarbeiterverband hat eine Unterstützung in Aussicht gestellt. Die Ortsverwaltung wird von der Versammlung beauftragt, für diese Kampfunterstützung den Stiftern herzlichen Dank auszusprechen.

Zur Bezirkskonferenz, die am 17. April in Stuttgart stattfindet, wurden in geheimer Abstimmung die Kollegen Kerker, Küstner, Gerstbauer und Spahr delegiert. Als Beiratsmitglied wurde Kollege Hanselmann, der diesen Posten bisher bekleidete, wieder in Vorschlag gebracht. Anträge werden zur Bezirkskonferenz nicht gestellt. Als Teilnehmer zum Verbandstag in Mainz bringt die Zahlstelle Heilbronn Kollegen Kerker in Vorschlag. — Anschließend beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Beitragsleistung. Kollege Kerker betonte, daß es notwendig sei, daß alle Mitglieder ihre Beiträge pünktlich und in der richtigen Klasse leisten. An einer Beitragsbereinung hat die Zahlstelle kein Interesse, da ja der angenommene Kampf deutlich die Vorteile der jetzigen Staffelung bei der Auszahlung der Streikunterstützung zeige. Notwendig ist, daß alles hinter dem Verband steht, insbesondere daß jedermann pünktlich den Beitrag abführt, damit der Verband in seiner Schlagkraft gestärkt wird und bei Lohnkämpfen dementsprechend Unterstützung leisten kann.

Kollege Mittwich machte noch einige Mitteilungen über die finanzielle Lage des Verbandes im allgemeinen und seine letztjährigen Leistungen zur Unterstützungen. Er betonte besonders, daß die finanziellen Mittel so beschaffen sind, daß durchgehalten werden kann. Mit einem Appell des Kollegen Hanselmann, wie bisher den Kampf weiter zu führen, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Mainz

Einer der alten Kämpfer aus den Reihen der Mainzer Arbeiterschaft, Kollege Karl Konrad, ist am 21. März die Augen für immer geschlossen. Kollege Konrad, der ehemalige Schuhmacher und spätere Kassenangestellte, welcher ein Alter von 82 Jahren erreichte, war ein nie versagender, immer aufopferungsfähiger Streiter für unsere Sache.

Auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung war er zu Hause, er war ja mit ihr groß geworden. Er hatte das Sozialistengesetz erlebt mit allen Begleiterscheinungen: Terror, Verfolgung, Erwerbslosigkeit, behördlichem Druck, familiärer Not und Gefängnis. Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt. Wie ein geheiztes Bild wurde Genosse Karl Konrad von der Polizei und den Gerichten behandelt, und nur, um den einstigen Heeresunsicheren, den „Sozialdemokraten", den unermüdlichen Kämpfer für Recht und Freiheit, den Organisator der Arbeiterveranstaltungen in Mainz würde zu machen. Wohl wurde der Verstorbene neben anderen Genossen zweimal mit je 6 und 2 Monaten Gefängnis bestraft, die auch verbüßt werden mußten, aber die Energie, der Stolz und die sozialistische Ueberzeugung haben nicht gelitten. Stets war er auf dem Posten.

Das Leben des Verstorbenen sollte unserer Jugend immer und immer wieder sagen: Daß Dank für deine Arbeit und dein Streben im Interesse aller. Wir sind bestrebt, dir nachzueifern für den Sozialismus!

Soraw R.-L.

Adressenänderung. Zum 2. Bevollmächtigten (Kassierer) wurde Fritz Weber, Soraw R.-L., Ulbestraße 29 I, gewählt.

Das Ergebnis der Präsidentenwahl

Nach dem vorläufigen Ergebnis des zweiten Wahlgangs für den Reichspräsidenten stellen sich die Stimmenzahlen wie folgt:

Hindenburg	19 359 642 (18 661 736)	Stimmen
Hitler	13 417 460 (11 328 571)	Stimmen
Thälmann	3 706 383 (4 971 079)	Stimmen
Zersplitterte	8 204	Stimmen
Gesamtzahl	36 491 694	Stimmen

Das am Wahltage um 23 Uhr 13 errechnete Schlußergebnis des zweiten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl weist eine Wahlbeteiligung von 83 v. H. auf. Im ersten Wahlgang betrug sie 86,2 v. H. Im zweiten Wahlgang hat Hindenburg über 1 109 000 Stimmen als die absolute Mehrheit erhalten; wäre also der zweite Wahlgang der erste geworden, dann wäre der zweite nicht mehr nötig gewesen. Hindenburg ist damit im zweiten Wahlgang mit absoluter Mehrheit zum Reichspräsidenten wiedergewählt worden. Gegenüber dem ersten Wahlgang hat Hindenburg im zweiten Wahlgang rund 708 000 Stimmen mehr erhalten, Hitler 2 Millionen.

Was diesem zweiten Wahlgang das Gepräge gibt, ist der auffallende Rückgang der kommunistischen Stimmen. Die kommunistische Parteileitung erntet die Früchte ihrer Irrsinnspolitik, die überhaupt jeden Sinn auf politische Zielrichtung untergräbt. Alles, was politischer Streuland ist, fällt dann von einem Extrem ins andere. Der Unterlegene auf der anderen Seite ist Hugenberg. Die offiziell provozierte Wahlenthaltung der Deutschnationalen und Stahlhelmer hat sich als großer Bluff erwiesen. Die strammen Offiziere des alten Deutschland und des Stahlhelms schwenkten zum großen Teil in das Hitlerlager ein.

Sieger geblieben ist in diesem mit unerhörter Erbitterung geführten Wahlkampf die republikanisch gesinnte Bevölkerung. Sie sechs Millionen Vorsprung bedeuten eine schwere Ablage an die Hitlerei. Dazu kommen die 3,7 Millionen für die Kommunisten abgegebenen Stimmen. Ueber 23 Millionen Stimmen gegen Hitler, dieses Ergebnis zeigt, daß die Bäume der Reaktion denn doch nicht in den Himmel wachsen, daß die Mehrheit der Volksgenossen auf republikanischem Boden steht.

Die Landtagswahlen, die nun parteimäßig entschieden werden, müssen vollenden, was diese Vorgeschichte eingeleitet haben. Sieger bleiben muß der demokratische, und zwar der sozialistische Gedanke! Es gilt, den Kampf verschärfen gegen politischen Stumpfsinn und Urteilslosigkeit. Alle stärke gilt es zusammenzufassen gegen die Nazibewegung, die sich nur rein agitatorisch und rein negativ gebärdet, die dem Staatsbürger zumutet, sein Erstgeburtsrecht der Mitbestimmung abzutreten an eine Politik, die lediglich in Nacht und Nebel führt.

Für Demokratie, Volksrecht und Volksfreiheit, das ist die Parole für die Landtagswahlen.

Gewerkschaftliches

Heinrich Limbertz gestorben

Der Schnitter Tod hält ununterbrochen Ernte unter den Funktionären der Gewerkschaftsbewegung. Nach den großen Verlusten der letzten Jahre müssen wir wieder den Tod eines braven Kampfers melden. Am 3. April starb der Kollege Heinrich Limbertz, Redakteur der „Bergbau-Industrie", Organ des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes.

Limbertz war ein Sohn der roten Erde. Er wurde am 10. September 1874 bei Dortmund geboren. Wie es bei der Proletarierjugend des Industriegebiets nicht anders zu erwarten war, mußte er im Bergbau Beschäftigung suchen. Im Jahre 1902 wurde Limbertz Arbeitersekretär in Iserlohn. Hier hat er den ersten großen Streik in der westdeutschen Metallindustrie geführt, der mit einer Aussperrung der Unternehmer beantwortet wurde. Limbertz mußte diese seine Führertätigkeit mit Gefängnis büßen. Im Jahre 1906 wurde er Redakteur der „Essener Arbeiter-Zeitung". Als das Preßbüro der Sozialdemokratischen Partei in Rheinland und Westfalen errichtet wurde, übernahm Limbertz dessen Leitung. Eine Unmenge von Material und viele Schriften sind in dieser Zeit aus der Feder des Kollegen Limbertz über das Scharfmachertum der rheinisch-westfälischen Großindustrie veröffentlicht worden. In unzähligen Versammlungen war Limbertz als Redner tätig. 1919 wurde er Mitglied der Preußischen Landesversammlung und von 1921 bis 1924 war er Mitglied des Preußischen Landtages und Vorsitzender der Fraktion. Seit 1921 gehört Kollege Limbertz dem Reichstag an. Die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung", der heutigen „Bergbau-Industrie", übernahm Limbertz im Jahre 1923. Er war einer jener zähen und unbeirrbaren Führer, die das schwierige Agitationsfeld der westdeutschen Großindustrie mit eisernem Fleiß allen Schwierigkeiten zum Trotz bearbeitet haben. Sie sind ihren Jugendidealen bis zum letzten Atemzug treu geblieben. Kollege Limbertz mußte verhältnismäßig früh sterben. Sein Andenken werden die, die ihn kannten, für immer in Ehren halten.

Literatur

Sprich richtig deutsch! Von Lehrer K. Lammenett. Verlag Wilhelm Tiedjens, Bonn. (Postscheck-Konto 70 183 Köln.) Preis 1,25 R.M. Das vorliegende Büchlein will namentlich jüngere Leute, aber auch Handwerker, Gewerbetreibende u. a. unterrichten, damit diese sich ihrer Muttersprache in rechter Weise bedienen. Es enthält nicht das ganze Gebiet der Sprachlehre, vielmehr wird nur dasjenige, wovegen leicht und vielfach gefehlt wird, behandelt.

Goethe bei der Büchergilde Gutenberg. Märzheft der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Treibundstraße 5. Das vorliegende Heft kündigt die Neuerscheinungen des zweiten Quartals und ein großes zehn Bände umfassendes Goethewerk an. Erzählungen und Abbildungen, darunter besonders interessante Holzschnitte von Professor Karl Rössing füllen das Märzheft dieser Zeitschrift, die den Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg in einer Auflage von 90 000 kostenlos zugeht.

Sport und Arbeitersport. In der großen Front der Arbeiterbewegung marschiert der Arbeitersport auf breiter Phalanx. Seine Existenz und seine Aufgaben sind unlösbar verbunden mit der freigewerkschaftlichen, der politischen und der kulturellen Arbeiterbewegung. Der Nur Sportler unter den Arbeitersportlern hat in der jetzigen Zeit Beispiele genug für die Schicksalsverbundenheit zwischen Arbeiterbewegung und Arbeitersport beobachten können, denn in allen Ländern unter der Fuchtel der faschistischen Reaktion ist der Arbeitersport bei auf einen kümmerlichen Rest zurückgeworfen worden. Ueber diese Zusammenhänge zwischen Politik und Sport unterrichtet ein Buch, das jetzt bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, zum Preise von 3 R.M. erschienen ist: „Sport und Arbeitersport" von Helmut Wagner. Es ist eine groß angelegte und klar formulierte Soziologie des Sports. Der Verfasser zeigt die Entwicklungslinie vom antiken Sport bis zum Sport der Gegenwart. Jeder Arbeitersportler und jeder Gewerkschaftler, der die Entwicklung der gesamten Klasse am Herzen liegt, wird mit Gewinn nach diesem Buch greifen.

Die Grundlagen der wissenschaftlichen Arbeiterjugendfürsorge. Berlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin SO. 36, Oranienstraße 40/41. In der Reihe der Fachfortbildungsschriften für das Personal der Arbeitsämter erschien soeben ein weiteres Heft „Die Grundlagen der wissenschaftlichen Arbeiterjugendfürsorge" von Adolf Jonas (Berlin), Prüfer beim Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt. Der Preis beträgt R.M. 1.80.

„Gesundheit!" Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin (Charlottenburg, Berliner Straße 137. „